

## Schwerpunkt: Der Staat in der Krise

Uwe Wagschal/Tim Jäkel

### Öffentliche Finanzen im Stresstest – Policy-Reaktionen auf die Finanz- und Wirtschaftskrise

#### Zusammenfassung

Der Beitrag untersucht Umfang, Zusammensetzung und zeitliche Streuung der Konjunkturstützungsmaßnahmen in 28 OECD-Ländern im Zuge der Finanz- und Wirtschaftskrise 2008 bis 2010. Im deskriptiven Abschnitt wird gezeigt, dass die große Variation der Nachfrageprogramme nur bedingt mit den verschiedenen Typologierungsansätzen von Marktwirtschaften und Wohlfahrtsstaaten zusammenpasst.

Auf Basis eines neuartigen Konsolidierungsindekators wird im dritten Abschnitt gezeigt, dass die Wirtschaftskrise so stark wie nie zuvor auf die Konsolidierungsbemühungen von Regierungen eingewirkt hat. Der historisch größte Verschuldungsanstieg in Friedenszeiten seit 2007 unterstreicht die Herausforderung der Wirtschafts- und Finanzkrise für die öffentlichen Finanzen.

Schließlich werden im Hauptteil der Untersuchung die Determinanten der Policy-Reaktionen der Nationalstaaten auf die Krise identifiziert. Sozio-ökonomische Faktoren, wie die Bevölkerungsgröße eines Landes, die Höhe der Staatsschulden und die Einbindung in den Weltmarkt verringern die Möglichkeiten für Deficit-Spending. Es zeigt sich daneben, dass der Problemdruck nicht stimulierend auf Höhe der Programme einwirkt. Bezogen auf die parteipolitische Färbung der Regierung haben Mitteparteien (Liberale, nicht-christliche Mitte, Christdemokraten) den stärksten Effekt auf den Umfang der Konjunkturpakete; sie sind deutlich aktiver als Linksparteien an der Regierung. Zudem kann für die steuerlichen Maßnahmen ein Interaktionseffekt für rechte (v.a. konservative) Regierungsparteien beobachtet werden. Im Zusammenspiel mit Wahlen in der Krise haben auch rechte bürgerliche Regierungen große Konjunkturprogramme aufgelegt. Ein kompetitiver Vetospielerindex hat ebenfalls eine signifikante Erklärungskraft für den Umfang der steuerlichen Maßnahmen.

#### Abstract

*Stress Test for Public Finance – Policy-Responses to the Financial and Economic Crisis by OECD-member states*

The paper examines variations in policy-responses to the financial and economic crisis by OECD-member states. Therefore, in a first step, the size and distribution as well as composition of fiscal packages in 28 OECD-countries are compared. Overall fiscal net effect of stimulus was larger in Non-European liberal welfare states than in social democratic and Continental European welfare states. Concerning the composition of the fiscal stimulus, there was no clear evidence of welfare-state-related patterns.

The second part of the paper deals with the consequences of the financial packages for budget consolidation and public debt. Based on a newly created indicator, it is shown that the economic and financial crisis has had dramatic consequences for public finances and budget consolidation efforts throughout the OECD-world.

The third part of the paper analyzes the determinants of the size of the fiscal packages, using multivariate regression analysis. We look especially at three dependent variables, the overall size of the fiscal packages, the expenditures and the tax measures. We suspect that there are different logics behind the use of a specific measure. The theoretical approaches are the different schools of public policy research, e.g. the parties-do-matter approach, institutional theories, globalization and socio-economic theory. In addition we also explore public choice arguments, especially the impact of elections.

The empirical results are partly contrary to the "traditional" results of public policy research. It is found that several socio-economic factors, for instance population size, public debt and openness of economy, have reduced the scope for discretionary measures. It is noteworthy that problem pressure has

Die empirischen Ergebnisse widersprechen damit zumindest z.T. den „traditionellen“ Befunden der Staatstätigkeitsforschung, wonach bürgerliche (und vor allem liberale) Parteien eine geringe Präferenz für Markteingriffe haben. Auch der klare Effekt von Wahlen ist angesichts der sonst schwachen Evidenz für einen politischen Konjunkturzyklus bemerkenswert. Schließlich wird in der Krise nun auch deutlich, dass die Verschuldungspolitik der Vergangenheit den Handlungsspielraum von Regierungen massiv einengt.

*Schlagworte:* Vergleichende Policy-Forschung, Finanz- und Wirtschaftskrise, Konjunkturpakete, öffentliche Finanzen, Budgetkonsolidierung, Vetospielertheorie

not lead to larger fiscal packages. Concerning the impact of political parties, we find that the share of centrist parties in government has had a much larger positive impact on the size of the fiscal stimulus compared to leftist parties. Furthermore, the facing elections during the crisis right-wing governments have implemented large fiscal measures, as well. Finally, a competitive veto player-index can explain empirical variations in the use of tax measures to address the crisis.

*Key words:* Public policies, financial and economic crisis, stimulus packages, public finance, budget consolidation, veto player theory

## 1. Einleitung

Ausgehend von der Immobilienkrise in den Vereinigten Staaten, die im Jahr 2007 begann, befand sich die Weltwirtschaft in den Jahren 2008 und 2009 in der größten Rezession seit der Weltwirtschaftskrise 1929 bis 1933. Mit diesem Beitrag möchten wir die „Antworten“, die die Staaten auf diese Krise gegeben haben untersuchen. Dabei analysieren wir die diskretionären Fiskalmaßnahmen, die von den Staaten auf der Ausgaben- und Steuerseite getätigt wurden. Der Zeithorizont endet dabei 2009, so dass die aktuellen Maßnahmen im Zuge der Eurokrise und des Bail-outs für Griechenland nicht berücksichtigt werden (konnten).

Bisher vorliegende Beiträge zur aktuellen Finanz- und Wirtschaftskrise befassen sich aus vier Blickwinkeln mit dem Thema: (a) Kapitalismuskritische und Regulierungstheoretische Arbeiten suchen – von ganz verschiedenen Standpunkten aus – nach den Ursachen für die Krise. Je nach Perspektive sind zu viel oder zu wenig, in jedem Fall aber ineffiziente Regulierung und entsprechende Fehlanreize für Akteure an Finanz- und Immobilienmärkten die Hauptursachen der Krise (*Cooper 2008; Münchau 2008; Shiller 2008; Soros 2008; Wagenknecht 2008; Zeise 2008; Bloss/Häcker 2009; Schäfer 2009; Sinn 2009; Sommer 2009; Stijn u.a. 2010*). Zudem changieren zahlreiche Analysen zwischen dem schon lange vorausgesagten Ende des Kapitalismus und einer Verteidigung des freien Marktes, dem lediglich die notwendigen Regeln gefehlt hätten. Hier wird also nicht Marktversagen als Ursache der Krise identifiziert, sondern Staatsversagen. Einige Autoren sehen in der aktuellen Krise sogar eine „Systemkrise des Kapitalismus“, so der Titel eines Aufsatzes von *Elmar Altvater (2009)*. Teilweise wird auch die These der Legitimationskrise des Wohlfahrtsstaates (*Offe 1972*) wieder im neuen Gewand verkauft. Eine weitere sozialwissenschaftliche Denkrichtung fragt nach den künftigen Entwicklungen im Verhältnis von Staat und Markt (z.B. *Crouch 2009*). (b) Eher wirtschaftshistorische Arbeiten versuchen, Lehren und Handlungsoptionen aus früheren Finanzmarktkrisen für die aktuelle Krise abzuleiten (*Claessens u.a. 2008; Krugman 2009; Reinhart/Rogoff 2009; Miguel u.a. 2010; Reinhart/Rogoff 2010*). (c) Wirtschafts- und finanzwissenschaftliche Beiträge haben sich in erster Linie mit der theoretisch optimalen Ausgestaltung der Konjunkturmaßnahmen (*Sachverständigenrat 2008; IWF 2009; Mountford/Uhlig 2009; OECD 2009; Zimmermann 2009; Coenen u.a. 2010*), sowie (d) seit 2010 verstärkt mit Exit-Strategien aus der wachsenden Staatsverschuldung befasst (*Glomb 2010*).

Bislang gibt es kaum Arbeiten (wie etwa *Barrel et al. 2009*), die eine systematische Analyse der unterschiedlichen Policy-Reaktionen auf die Wirtschaftskrise vornehmen. In dem folgenden Beitrag analysieren wir die Policy-Maßnahmen in der OECD-Welt aus dem Blickwinkel der empirisch vergleichenden Policy-Forschung, die danach strebt, systematische Unterschiede und Gemeinsamkeiten zu identifizieren und zu erklären. In einem ersten Schritt beschreiben wir überblicksartig den Umfang und die Zusammensetzung sowie die Zeitpunkte der Konjunkturmaßnahmen (*Timing*) in 28 OECD-Staaten. Anschließend berechnen wir die Effekte dieser Maßnahmen auf einen neu entwickelten Konsolidierungsindikator, der die diskretionären Konsolidierungsanstrengungen von Regierungen misst. Im dritten Schritt analysieren wir die sozio-ökonomischen und politisch-institutionellen Determinanten der unterschiedlichen Policy-Reaktionen und ihre Auswirkungen auf den Konsolidierungsindikator. Abschließend werden die Ergebnisse zusammengefasst.

Die Gemeinsamkeit aller OECD-Staaten besteht in der grundsätzlich ähnlichen Reaktion auf die Wirtschafts- und Finanzkrise: Auf den kurzfristigen, aber starken Einbruch zuerst des Finanzmarktes und dann auch der Realwirtschaft wird mit staatlichen Eingriffen in das Marktgeschehen reagiert. Bis auf wenige Ausnahmen (Island, Irland, Ungarn und Griechenland) haben alle OECD-Staaten Maßnahmen zur Stützung der Konjunktur verabschiedet. Dies kann mit einer Art vereinfachtem neo-keynesianischen Paradigma in der Wirtschaftspolitik erklärt werden, das sich alle Länder und auch Institutionen wie die Weltbank, der Internationale Währungsfonds (IWF) oder die OECD zu Eigen gemacht haben. Demnach sind Staatseingriffe zur Stützung des Finanzsektors notwendig (bail-out), zusätzliche Investitionsausgaben sollen die Konjunktur stützen und Ineffizienzen des Marktes korrigieren. Unterschiede gibt es zwischen den Staaten jedoch a) beim Umfang der Konjunkturpakete, b) ihrer Zusammensetzung und c) dem Zeitpunkt und der zeitlichen Streuung (*Timing*) der Maßnahmen.

Wir gehen in unserer Analyse davon aus, dass sich Unterschiede und Gemeinsamkeiten in den Policy-Reaktionen nicht allein aus dem Grad der Betroffenheit erklären lassen, d.h. anhand von Faktoren wie dem Anteil des Finanzsektors an der Wertschöpfung einer Volkswirtschaft, dem Rückgang des Wirtschaftswachstums oder dem Anstieg der Arbeitslosigkeit. Wir vermuten vor dem Hintergrund der Theorien der vergleichenden Staatstätigkeitsforschung, dass sich Unterschiede in den Policy-Reaktionen neben diesen funktionalistischen und sozio-ökonomischen Erklärungsfaktoren auch auf politisch-institutionelle Faktoren zurückführen lassen. Konjunkturpakete durchlaufen nationale Politikprozesse, sodass sich Effekte von Vetospielern, Wahlen und der parteipolitischen Färbung der Regierung zeigen können. Zudem bestehen Pfadabhängigkeiten in der Form, dass das Ausmaß zusätzlicher Staatsausgaben und Verschuldung durch das Niveau (und die Struktur) der Staats-, Steuer- und Schuldenquote beeinflusst werden sollte. So wird angenommen, dass Länder, die in der Vergangenheit ihre Haushalte nachhaltig saniert haben, über größere Handlungsspielräume für diskretionäre, anti-zyklische Eingriffe verfügen.

## 2. Übersicht über die Policy-Maßnahmen

### 2.1. Fiskalpolitische Maßnahmen im Vergleich

„[...] Taken together, these actions will constitute the largest fiscal and monetary stimulus and the most comprehensive support programme for the financial sector in modern

times. Acting together strengthens the impact and the exceptional policy actions announced so far must be implemented without delay. [...]“ (*G20* 2009a: 2), so die Regierungen der G20-Staaten im April 2009 auf dem Londoner Krisengipfel. Allerdings ist die Datenlage für diese größte Rettungsaktion der Neuzeit heterogen und differiert über die Zeit und bereitstellende Institutionen. Für den Umfang, die Zusammensetzung und das Timing der Konjunkturpakete verwenden wir die OECD-Daten des Economic Outlook vom Juni 2009 (*OECD* 2009a: 61ff.).

Im März 2009 hatte die OECD eine erste Übersicht in einer Publikation „Fiscal Packages Across OECD Countries: Overview and Country Details“ veröffentlicht (*OECD* 2009b), die Daten für die einzelnen Länder unterscheiden sich jedoch von den später veröffentlichten Daten z. T. erheblich. Lediglich für fünf Länder stimmen die Daten für den Gesamtumfang der Maßnahmen überein, nur in sechs Fällen beträgt die Abweichung 0,1 Prozentpunkte des BIP oder weniger. Starke Abweichungen gibt es bei den Angaben für den Gesamtumfang bei Irland, Ungarn und Island sowie Japan und den Niederlanden. Teilweise gibt es Unterschiede von bis zu vier Prozentpunkte des BIP (für Irland *OECD* 2009a: +8,3% des BIP und in *OECD* 2009b: +4,4% des BIP). Immerhin sind die Angaben der OECD vom März bzw. Juni 2009 zum Gesamtumfang der Fiskalpakete sehr stark positiv miteinander korreliert ( $r_p=0,94$ ;  $n=27$ ). Die Rangplätze sind etwas weniger stark korreliert, der Rangkorrelationskoeffizient nach Spearman beträgt  $r_s=0,85$  ( $n=27$ ). Korea hat mit den USA den ersten Platz getauscht, Japan rückt von Platz 12 in den Märzdaten auf Platz 4 im Juni 2009 vor und vor allem im unteren Mittelfeld verändern sich die Rangplätze Juni gegenüber März 2009.

Auch die Europäische Union und der Internationale Währungsfond (*IWF* 2009a, 2009b) haben Übersichten über die öffentlichen Finanzen und die Konjunkturmaßnahmen vorgelegt (*EU-Commission* 2009a: 14), die sich wiederum von den OECD-Daten unterscheiden<sup>1</sup>. Die EU-Kommission hat Daten zum Umfang der Konjunkturpakete in den Mitgliedsstaaten der EU für 2009 und 2010 veröffentlicht. Für 2009 sind die Maßnahmen zusätzlich unterteilt in Ausgaben und Steuern, Ausgaben die auf private Haushalte, Unternehmen oder eine Belebung des Arbeitsmarktes zielen sowie auf zusätzliche Infrastrukturmaßnahmen. Die Daten decken nur 17 der von uns untersuchten 28 Länder ab. Von den EU-Mitgliedern fehlen Angaben zu Griechenland und Spanien. Vor allem die Schätzungen der EU-Kommission für die Ausreißer Irland und Ungarn weichen deutlich von den OECD-Daten ab (Irland gibt demnach 1 Prozent des BIP für Fiskalimpulse aus, Ungarn gar nichts; nach den OECD-Daten sparen diese Länder massiv). Dänemark gibt nach den Daten der EU deutlich weniger, Österreich deutlich mehr aus als nach den Daten der OECD. Insgesamt sind die Werte für den Gesamtumfang nur mittelstark korreliert ( $r_p=-0,51$ ;  $n=17$ ; der Rangkorrelationskoeffizient beträgt  $r_s=-0,63$ )<sup>2</sup>. Der Internationale Währungsfond hat die Kosten der diskretionären Maßnahmen für die Jahre 2008 bis 2010 für zehn der von uns untersuchten 28 Länder geschätzt (das sind die großen Industrienationen). Bis auf Australien sind die Angaben zum Gesamtumfang denen der OECD sehr ähnlich. Korea, die USA, Japan und Spanien haben danach die umfangreichsten Maßnahmen verabschiedet, das deckt sich im Wesentlichen mit der Rangfolge der OECD-Daten in der Spitzengruppe. Deutschland liegt mit seinen Maßnahmen im Mittelfeld, Frankreich und Italien in der Schlussgruppe. Insgesamt sind die Werte vom IWF und der OECD (Juni) stark korreliert ( $r_p=-0,78$ ;  $r_s=0,76$ ;  $n=10$ ).

Für die Analyse verwenden wir die aktuellsten Daten der OECD, wobei auch angesichts der Erfahrungen mit den Datenrevisionen der OECD, der nicht abgeschlossenen

Verausgabung der Mittel sowie der unklaren Situation bei der exakten Bestimmung des BIP, eine gewisse Fehlermarge vorhanden sein dürfte. Dies wirkt in der Tendenz negativ auf die empirischen Analysen.

Die Policy-Reaktionen der Staaten lassen sich zunächst inhaltlich nach verschiedenen Maßnahmetypen unterscheiden: (1) steuerliche Maßnahmen, (2) ausgabenseitige Maßnahmen, (3) geldpolitische Maßnahmen der Notenbanken (z.B. Leitzinssenkungen, Offenmarktpolitik), (4) Stützungsmaßnahmen für die Finanzwirtschaft (z.B. Rettungsfonds, Bad Banks, Aktienkäufe), (5) regulatorische Eingriffe (z.B. Verbot bestimmter Finanzmarkttransaktionen, Verschärfung der Bankenaufsicht, Beschränkung von Boni-Zahlungen), (6) politische Ankündigungen zur Vertrauensbildung (z.B. Garantieerklärungen) sowie (7) flankierende sozialpolitische Maßnahmen (z.B. Kurzarbeiterregelungen auf dem Arbeitsmarkt). Die nachfolgenden Analysen berücksichtigen dabei nur die Veränderungen auf der Einnahme- und Ausgabenseite des Staatshaushaltes.

In Tabelle 1 sind die Nettoeffekte der diskretionären fiskalischen Maßnahmen zwischen 2008 bis 2010 auf den Budgetsaldo (in % des BIP von 2008) angegeben. Negative Werte zeigen expansive fiskalische Maßnahmen an. In den Angaben nicht enthalten sind Ausgaben für die Rekapitalisierung von Banken oder Garantien in diesem Bereich (OECD 2009a: 62, Fußnote 1).

Tabelle 1: Zusammensetzung und Gesamtumfang der Fiskalpakete (in % des BIP 2008)

Land	(1) Nettoeffekt der ausgabenseitigen Maßnahmen	(2) Nettoeffekt der steuerlichen Maßnahmen	(1 + 2) Nettoeffekt der diskretionären fiskalischen Maßnahmen insgesamt
Südkorea	-3,2	-2,8	-6,1
USA	-2,4	-3,2	-5,6
Australien	-4,1	-1,3	-5,4
Japan	-4,2	-0,5	-4,7
Kanada	-1,7	-2,4	-4,1
Luxemburg	-1,6	-2,3	-3,9
Spanien	-2,2	-1,7	-3,9
Neu Seeland	0,3	-4,1	-3,7
Dänemark	-2,6	-0,7	-3,3
Schweden	-1,7	-1,7	-3,3
Finnland	-0,5	-2,7	-3,2
Deutschland	-1,6	-1,6	-3,2
Tschechische Republik	-0,3	-2,5	-2,8
Niederlande	-0,9	-1,6	-2,5
Großbritannien	-0,4	-1,5	-1,9
Belgien	-1,1	-0,3	-1,4
Slowakei	-0,7	-0,7	-1,3
Österreich	-0,4	-0,8	-1,2
Norwegen	-0,9	-0,3	-1,2
Polen	-0,8	-0,4	-1,2
Portugal	..	..	-0,8
Frankreich	-0,6	-0,2	-0,7
Schweiz	-0,3	-0,2	-0,5
Italien	-0,3	0,3	0,0
Griechenland	0,0	0,8	0,8
Island	1,6	5,7	7,3
Ungarn	7,5	0,2	7,7
Irland	2,2	6,0	8,3
ungewichteter Durchschnitt (alle 28 Länder)	-0,8	-0,8	-1,5

Anmerkung: Dargestellt ist der Umfang der Fiskalpakete im Zeitraum 2008 bis 2010. Quelle: (OECD 2009a: 63).

Bis auf Irland, Ungarn, Island, Griechenland und Italien weisen die diskretionären fiskalischen Maßnahmen im Zeitraum 2008 bis 2010 in allen untersuchten Ländern einen expansiven Effekt auf, der wiederum das Haushaltsdefizit vergrößerte. Der durchschnittliche Gesamtnettoeffekt über alle 28 Staaten beträgt dabei -1,5 Prozent des BIP, wobei die große Streuung (gemessen über die Standardabweichung) zwischen den einzelnen Ländern auffällt. Ohne die fünf Länder mit kontraktiven fiskalpolitischen Maßnahmen liegt der Durchschnitt bei -2,9 Prozent des BIP.

Die größten Nettobudgeteffekte erzielten Südkorea (-6,1 Prozent), die USA (-5,6 Prozent) und Australien (-5,4 Prozent). Korea konnte sich seine massiven fiskalpolitischen Impulse erlauben: 2007 lag der Überschuss im Haushalt noch bei 4,7% des BIP. Um das Geschäfts- und Konsumklima zu verbessern gab es in der Krise Nachlässe bei Einkommens- und Unternehmenssteuersätzen, Hilfen für Arbeitslose, Niedrigverdiener und Kleinunternehmer – und das erste Haushaltsdefizit seit 1975. Im Ursprungsland der Krise, den USA gab es zwei Konjunkturpakete, darunter im Februar 2009 den „American Recovery and Investment Act“ mit einem Umfang von ursprünglich 787 Milliarden Dollar (rd. 560 Milliarden Euro).

Überdurchschnittliche expansive Konjunkturpakete sind in zehn weitere Staaten verabschiedet worden, darunter in Japan und Deutschland. In Deutschland gab es Ende 2008/Anfang 2009 zwei Konjunkturpakete, mit einem Umfang von zusammen rund 60 Milliarden Euro. Darunter fielen steuerliche Entlastungen für Privatpersonen und Unternehmen, Investitionsausgaben auf kommunaler Ebene sowie das teure, aber erfolgreiche Kurzarbeitergeld.

Angesichts der großen Varianz der Daten – der Variationskoeffizient der (Absolutwerte) der Gesamtpakete beträgt 71,3% des Mittelwertes – stellt sich die Frage, ob sich deskriptive Zusammenhänge bzw. Korrelate der Fiskalmaßnahmen mit politischen und sozioökonomischen Variablen identifizieren lassen. Die vergleichende Wohlfahrtsstaatsforschung hat beispielsweise immer wieder auch Zusammenhänge zwischen der Organisation des Wohlfahrtsstaates sowie polit-ökonomischen Outputs und Outcomes festgestellt. *Gøsta Esping-Andersen* hat in seiner bahnbrechenden Studie „The Three Worlds of Welfare Capitalism“ (1990) eine Typologie vorgelegt, die sich auf sozial- und gesellschaftspolitische Ordnungsvorstellungen sowie die Berücksichtigung gesellschaftlicher Machtressourcen (*Korpi* 1978) zurückführen lässt. *Esping-Andersen* hat dabei – unter Rückgriff auf eine Wirkungsanalyse sozialstaatlicher Dekommodifizierungs- und Stratifizierungsstrukturen – drei Wohlfahrtsstaatsregime identifiziert: ein universalistisches, etatistisches Sozialstaatsmodell sozialdemokratischer Prägung, ein konservatives, auf Statusreproduktion abzielendes Modell sowie ein liberales Wohlfahrtsstaatsregime mit hochgradigem Anteil bedarfsgeprüfter Sozialleistungen und einer starken Marktorientierung. Die in Anlehnung an *Esping-Andersen* (1990) getroffene Zuordnung der einzelnen Länder zu einem Wohlfahrtsstaatstyp ermöglicht eine vergleichende Bewertung der fiskalischen Maßnahmen.

Der theoretische Zusammenhang zwischen Wohlfahrtsstaatsregime und Umfang der zusätzlichen Konjunkturmaßnahmen ist theoretisch jedoch nicht eindeutig. Denn in den Mitgliedsstaaten der EU spielen gegenüber etwa den USA neben den zusätzlichen diskretionären Maßnahmen automatische Stabilisatoren eine große Rolle. Anders als ad-hoc Maßnahmen stabilisieren sie den Konjunkturzyklus ohne zusätzliche Interventionen. Den entscheidenden Stabilisierungseffekt hat dabei die Größe der Staatsausgaben. Der Staatssektor und damit auch die Bedeutung von automatischen Stabilisatoren ist in der EU ins-

gesamt deutlich größer als in den USA (*EU-Commission* 2009a: 15). Für diese Logik sprechen auch die Ergebnisse einer Mikrosimulation von *Dolls, Fuest und Peichl* über die Nachfragestabilisierung verschiedener Steuer- und Sozialsysteme (*Dolls u.a.* 2009)<sup>3</sup>. Allerdings finden die Autoren nicht den erwarteten negativen Zusammenhang zwischen dem Wirkungsgrad der Stabilisatoren und dem Umfang der nationalen Konjunkturpakete. Die Studie von *Dolls u.a.* (2009) verwendet die Angaben der EU zur Größe der Konjunkturpakete. Nach dieser Logik kann man ebenfalls argumentieren, dass umfangreiche Sozialleistungen in ausgebauten Wohlfahrtsstaaten als automatische Stabilisatoren wirken und die private Nachfrage in Krisenzeiten stützen. Entsprechend könnte man erwarten, dass die diskretionären fiskalischen Maßnahmen gerade in sozialdemokratischen und konservativen Wohlfahrtsstaaten kleiner ausfallen. Es liegen jedoch keine hinreichenden Daten zum Umfang von automatischen Stabilisatoren innerhalb der Krise vor. Die OECD unterscheidet in ihren Daten vom März noch zwischen automatischen und diskretionären fiskalischen Impulsen gegen die Krise. Aus diesen Befunden ist aber ersichtlich, dass die Wirkung des „Economic Cycle“ in allen Ländern um ein Vielfaches größer ist als die zusätzlichen Fiskalmaßnahmen. Am größten sind die Effekte dabei in Schweden, Italien (hier gibt es gar keine zusätzlichen Maßnahmen), Irland und Island (die zusätzlichen Maßnahmen haben in beiden Ländern das entgegengesetzte Vorzeichen, es wird also gespart), Portugal, Luxemburg und Spanien. Der Effekt über die Jahre 2008 bis 2010 liegt bei jeweils mehr als 8 Prozent des BIP von 2008 und ist damit deutlich größer als die eigentlichen fiskalischen Maßnahmen gegen die Krise. Man kann wegen fehlender Daten allerdings keine Zusammenhangsmaße berechnen, aber in der Tendenz haben Länder mit großen automatischen Impulsen kleinere zusätzliche Fiskalpakete. Ein möglicher Näherungswert für die multivariate empirische Analyse ist die Staatsquote. Der Umfang der zusätzlichen fiskalischen Maßnahmen müsste demnach negativ mit der Staatsquote korreliert sein. Tatsächlich besteht zwischen dem Gesamtumfang aller diskretionären fiskalischen Maßnahmen und der Staatsquote ein signifikanter positiver bivariater Zusammenhang. Je größer die Staatsquote, umso geringer sind die zusätzlichen Maßnahmen ( $r_p=0,51$ ;  $n=27$ ).

In Tabelle 2 zeigt sich, dass die liberalen Wohlfahrtsstaaten, entgegen der ersten Vermutung, die größten expansiven Fiskalmaßnahmen durchgeführt haben. An zweiter Stelle folgen die sozialdemokratischen Wohlfahrtsstaaten, während an dritter Stelle die konservative Wohlfahrtsstaatswelt steht. A priori legte die Rückkehr der keynesianischen Logik als eine der zentralen wirtschaftspolitischen Paradigmen die Vermutung nahe, dass sozialdemokratische Wohlfahrtsstaaten am aktivsten auf die Wirtschafts- und Finanzkrise reagiert hätten. Tabelle 2 spricht gegen diese These und für die Substitutionseffekte einer hohen Staatsquote und umfangreicher Sozialausgaben.

Hinsichtlich möglicher unterschiedlicher Schwerpunktsetzungen auf eher ausgaben-seitige oder steuerliche Maßnahmen lässt sich (vgl. Tabelle 2, Spalten 3 und 4) keine Differenz zwischen den einzelnen Wohlfahrtsstaatstypen feststellen. Zwar gibt es hier in Einzelfällen große Unterschiede (vgl. Tabelle 1), jedoch lässt sich über alle Wohlfahrtsstaats-Kategorien hinweg kein systematischer Effekt identifizieren.

Tabelle 2: Welten des Wohlfahrtsstaates und expansive Fiskalprogramme (in % des BIP)

	Nettoeffekt aller diskretionären fiskalischen Maßnahmen	Nettoeffekt der ausgabenseitigen Maßnahmen	Nettoeffekt der steuerlichen Maßnahmen
Libérale Wohlfahrtsstaaten (7 Länder)	-3,7	-1,8	-1,9
Sozialdemokratische Wohlfahrtsstaaten (5 Länder)	-2,7	-1,3	-1,4
Konservative Wohlfahrtsstaaten (5 Länder)	-2,1	-1,0	-1,0
Mittelwert	-2,9	-1,4	-1,5

Anmerkungen: In Klammer die Zahl der untersuchten Länder. Es werden nur Länder mit expansiven Maßnahmen betrachtet. Liberale Wohlfahrtsstaaten: USA, Großbritannien Kanada, Australien, Neuseeland, Japan, und die Schweiz [Irland ausgeschlossen]; sozialdemokratische Wohlfahrtsstaaten: Schweden, Norwegen, Dänemark, Finnland und die Niederlande; konservative Wohlfahrtsstaaten: Deutschland, Österreich, Frankreich, Belgien und Luxemburg [Italien ausgeschlossen]. Alle anderen Länder wurden aus der Auswertung ebenfalls ausgeschlossen. Die Daten sind als Prozentangaben auf das BIP des Jahres 2008 bezogen.

Als weiteres Differenzierungskriterium kann auch die Mitgliedschaft in der EU, respektive im Euroraum, dienen. Für beide Untersuchungsgruppen zeigt sich, dass die Nicht-EU-Mitglieder bzw. die Nichtmitglieder des Euroraumes deutlich aktivere Fiskalpolitik betrieben haben als die Länder des Euroraumes. Auch dies überrascht, denn eine stärkere Koordinierung der EU, dokumentiert etwa durch die Krisengipfel im März 2009, würde a priori Mehrausgaben nahelegen.

Es gibt drei bemerkenswerte Ausreißer, die keine expansive Fiskalpolitik im keynesianischen Sinne betrieben haben: Island, Ungarn und Irland. Diese drei Länder haben gespart, der Budgeteffekt ist daher insgesamt positiv. Alle drei Länder mussten einen Staatsbankrott abwenden. In Ungarn musste die Regierung Anfang 2009 sogar abtreten, weil sie notwendige Reformen im Kampf gegen die Krise verweigert hat. Ungarn hat unter der neuen Regierung und dem Druck des Internationalen Währungsfonds (IWF) (Bedingungen für einen 20 Milliarden Dollar Kredit) eine Steuerreform und harte Sparmaßnahmen eingeleitet: Das Rentenalter wurde auf 67 Jahre erhöht, die Bezüge im öffentlichen Dienst um vier Prozent gekürzt. Einsparungen soll es außerdem in der Gesundheitspolitik geben. Um die Einnahmeausfälle durch die Steuerreform zu kompensieren, wurde die Mehrwertsteuer von 20 auf 25 Prozent erhöht. Auch in den baltischen Staaten sind die Notkredite des IWF der Impulsgeber für notwendige Strukturreformen. Ebenso haben Griechenland und Italien auf expansive Maßnahmen (zumindest den OECD-Daten nach) verzichtet. In Abschnitt drei wird näher beleuchtet, inwieweit der Zustand der öffentlichen Finanzen und die vergangenen Konsolidierungsleistungen mit den Konjunkturpaketen zusammenhängen.

Auffällig ist auch die Positionierung großer Staaten in der Rangliste der Eingriffe. Gerade für die in den Weltmarkt eingebundenen Länder (*Katzenstein* 1987) gibt es wenig Argumente für besonders expansive Nachfrageprogramme, da diese vergleichsweise wirkungslos sein dürften. Große Länder haben hier mehr politischen Spielraum, weil sie einerseits (relativ) weniger in den Weltmarkt eingebunden sind und einen größeren Binnenmarkt aufweisen und sich andererseits auch die Steuersätze leichter erhöhen lassen.<sup>4</sup> Die Korrelation mit der Bevölkerungsgröße (logarithmiert) liegt bei  $r = -0,44$  ( $n=28$ ). Für den Faktor Weltmarktintegration gibt es jedoch keine Evidenz. Die Korrelation mit der Außenhandelsverflechtung (Importquote plus Exportquote) erweisen sich jedoch als sehr schwach, sodass die Weltmarktintegration – zumindest im bivariaten Vergleich – als Erklärungsgröße schwach abschneidet ( $r = 0,21$ ,  $n = 28$ ).

Die zeitliche Verteilung der Maßnahmen über alle Länder hinweg, gemessen an den Durchschnittswerten für die einzelnen Jahre, zeigt den Schwerpunkt der Konjunkturpakete für das Jahr 2009 (57 Prozent), gefolgt von 2010 (41 Prozent) und 2008 (4 Prozent). Gerade die liberalen Marktökonomien bzw. Wohlfahrtsstaaten (vgl. *Hall/Soskice* 2001; *Hall/Ginrich* 2004; *Amable* 2003) haben dabei deutlich früher auf die Krise reagiert als die Länder in Kontinentaleuropa. Auch in Korea wurden schon 2008 Nettoeffekte bud-getwirksam. Den größten Anteil für 2008 weist allerdings Spanien auf (32 Prozent der Gesamtmaßnahmen).

In Ländern mit mittelgroßen Maßnahmen wie Deutschland, Schweden, Finnland und Dänemark verteilen sich die Budgeteffekte etwa im gleichen Verhältnis auf die Jahre 2009 und 2010. In Ländern mit vergleichsweise kleinen Konjunkturpaketen wie Portugal und Norwegen sind Auswirkungen auf den Haushalt eher gering, Budgeteffekte erzielen diese kleineren Maßnahmen nur 2009. Für die angelsächsischen Länder erfüllt sich die funktionalistische Erwartung: Wo die Ineffizienzen auf den Immobilien- und Finanzmärkten am größten waren und dementsprechend auch früher auf die Realwirtschaft durchgeschlagen haben, wurde zuerst korrigierend eingegriffen. Berücksichtigt man nur den Umfang und das Timing der Maßnahmen, kann man von einer liberalen und einer kontinentaleuropäischen „Welt der Konjunkturpakete“ sprechen.

Bei der Zusammensetzung der Konjunkturpakete lassen sich keine klaren Muster wie beim Umfang und dem Timing der Maßnahmen ausmachen. Die Fiskalpakete setzten sich im Mittel (mit und ohne Ausreißer) zu gleichen Teilen aus ausgabenseitigen und steuerlichen Maßnahmen zusammen (siehe Tabelle 1 und 2). Die Zusammensetzung der Maßnahmen ist jedoch im Einzelfall ganz unterschiedlich: Von den Ländern mit überdurchschnittlichen Maßnahmen setzen besonders Australien und Japan auf Wachstumseffekte zusätzlicher Ausgaben. Die Ausgabeneffekte sind hier mehr als doppelt so groß wie die der steuerlichen Entlastungen. Bei den Ländern mit unterdurchschnittlichen Maßnahmen dominieren die ausgabenseitigen Maßnahmen gegenüber den steuerlichen Maßnahmen auch in Belgien, Norwegen, Polen und Frankreich. In Neuseeland, Finnland und Großbritannien übersteigen umgekehrt die Nettoeffekte der steuerlichen Maßnahmen die der ausgabenseitigen Maßnahmen um ein vielfaches. In den übrigen Ländern sind die Nettoeffekte ungefähr gleich verteilt.

Australien und die USA setzen darauf, dass Steuererleichterungen für Konsumenten die Wirtschaft wieder ankurbeln. Die Mehrheit der steuerlichen Entlastungen betreffen dort die Individualsteuern. Das gleiche gilt für Spanien, Neuseeland, Schweden und Finnland. Nur Korea und die USA entlasten auch Firmen in nennenswertem Umfang steuerlich. Entlastungen bei den Sozialabgaben gibt es in Deutschland und wenigen anderen Länder, nämlich in Schweden, Finnland, der Tschechischen Republik, den Niederlanden und Ungarn. Insgesamt lassen sich mit einer Clusteranalyse (die die einzelnen steuerlichen und ausgabenseitigen Maßnahmen im Detail berücksichtigt) jedoch keine klaren „Welten der Konjunkturpakete“ identifizieren, trotz der Besonderheit für die liberalen Wohlfahrtsstaaten.

## 2.2. Sonstige Maßnahmen

Bei der Geldpolitik gleichen sich die Reaktionen der Notenbanken in den USA mit denen in Japan und im Euroraum, obgleich es auch hier graduelle Unterschiede gibt. Alle Zentralbanken haben die Leitzinsen auf ein historisch niedriges Niveau nahe Null Prozent ge-

senkt. Neben den klassischen Instrumenten der Leitzinssenkungen gehen die Zentralbanken überall den Weg unkonventioneller Maßnahmen (*Michele* u.a. 2010), wie den direkten Ankauf von Staats- und Firmenanleihen. Unterschiede gibt es im Zeitpunkt, zu dem solche Maßnahmen ergriffen werden sowie in der Intensität. Ein Faktor, der die Varianz erklären kann, ist der unterschiedliche Grad der Abhängigkeit der Notenbank. Zuerst beschritt die (vergleichsweise) abhängige US-Notenbank in der zweiten Hälfte 2008 den Weg einer Nullzinspolitik. Im Euroraum hat die Europäische Zentralbank (EZB) ihren wichtigsten Leitzins später und zudem weniger stark herabgesetzt (schrittweise von 4 Prozent auf 1 Prozent). In Großbritannien hat die Bank of England (BoE) gezögert, bis sie den Leitzins Ende 2008 ebenfalls von 5 schrittweise auf ein halbes Prozent gesenkt hat. In Japan lag der Leitzins bereits bei nur 0,5 Prozent und wurde hier Ende 2008 auf 0,1 Prozent gesenkt (*OECD* 2009a: 49).

Zu den unkonventionellen Maßnahmen der Geldpolitik gehört es, dem Bankensektor mehr Liquidität als üblich zur Verfügung zu stellen, die Geldmenge auszuweiten („quantitative Lockerung“) oder direkt an den Kreditmärkten zu intervenieren („Kreditlockerung“). Die US-amerikanische Notenbank Fed wählt ein breites Spektrum solcher unkonventioneller Maßnahmen (*Cecchetti* 2009). Sie vergibt Kredite an Endabnehmer, indem sie Investoren Refinanzierungsmittel bereitstellt. Außerdem kaufte die Fed direkt hypothekebesicherte Wertpapiere. Von März bis Oktober 2009 hat die Fed u.a. vom US-Finanzministerium langfristige Anleihen im Umfang von rd. 300 Milliarden US-Dollar gekauft. Der Staat verschuldet sich bei der eigenen Notenbank, faktisch wird die Staatsverschuldung über eine Ausweitung der Geldmenge finanziert. Auch die englische und die japanische Notenbank erwerben direkt Staats- oder Unternehmensanleihen, um dem Finanzsektor Liquidität zuzuführen. Die EZB stellte dagegen Finanzinstituten Liquidität statt wie üblich im Tenderverfahren nun ohne Beschränkungen zu Festgeldzinsen bereit (*OECD* 2009a: 48-54).

Zusätzlichen Stress für die öffentlichen Finanzen verursachen die Kosten von direkten Rettungsprogrammen für die Finanzbranche in Form von Krediten, Garantien und Kapitalbeteiligungen. Die Summen dieser Programme prägten oftmals die öffentliche Diskussion, die hier eine einseitige Privilegierung der Finanzbranche verortete. Tatsächlich ist aber bisher deutlich weniger Geld als angekündigt abgerufen worden.

### 3. Auswirkungen auf die Konsolidierung und langfristige Konsequenzen

#### 3.1. Konsequenzen für die Haushaltskonsolidierung

Die Finanz- und Wirtschaftskrise steht mit der Haushaltskonsolidierung in zweifacher Verbindung. So ist erstens zu vermuten, dass Länder die in der Vergangenheit ihre Haushalte stärker konsolidiert haben in der Krise einen höheren Handlungsspielraum zum diskretionären Gegensteuern haben. Zweitens wirkt die Finanzkrise direkt und unmittelbar auf die öffentlichen Haushalte, da einerseits starke Einnahmerückgänge durch die einbrechende Wirtschaftstätigkeit und andererseits erhöhte Ausgaben zur Verarbeitung der Krise notwendig werden (z.B. für Arbeitslosigkeit).

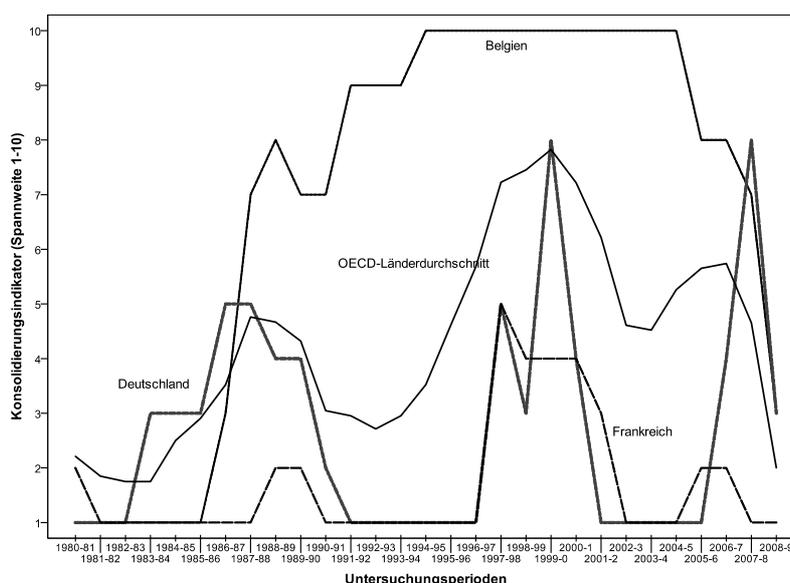
Die Konsolidierungsperformanz lässt sich empirisch erfassen, wobei es zahlreiche Zugänge zur Operationalisierung gibt. Generell ist jedoch der Primärsaldo sowohl in den offiziellen Dokumenten der EU (*EU-Commission* 2009a, 2009b) als auch in der Fachlite-

ratur (Alesina/Ardagna 1997, Zaghini 2001, Brandner 2003) die entscheidende Stellgröße, wobei er mitunter noch um die Konjunktorentwicklung bereinigt wird.

Bei dem im Folgenden vorzustellenden Indikator werden immer zwei Jahre als Untersuchungsperiode mit gleitenden Durchschnitten betrachtet.<sup>5</sup> Weitere Kriterien sind die Entwicklung der Staatsverschuldung in der Untersuchungsperiode, das Niveau des Primärsaldos, sowie – als Erfolgskriterium – die Entwicklung der Schuldenquote drei Jahre nach Ende der Konsolidierungsperiode. Auf Basis dieser vier Kriterien kann die Konsolidierungsperformanz der OECD-Länder bewertet werden. Voraussetzung zur Beurteilung der Konsolidierungsanstrengungen ist die Operationalisierung und Definition von Konsolidierungsperioden. Die meisten wirtschaftswissenschaftlichen Definitionen bzw. Studien zu Konsolidierungsanstrengungen<sup>6</sup> wählen zwei Ansätze: Entweder einjährige Konsolidierungsperioden mit höheren Schwellenwerten oder zwei- bzw. mehrjährige Perioden mit etwas niedrigeren Schwellenwerten.

Der so gebildete Konsolidierungsindikator umfasst insgesamt 10 Ausprägungen (Punkte): Keine Konsolidierung wird operationalisiert über einen (im Durchschnitt der Untersuchungsperiode) negativen Primärsaldo sowie einen Anstieg/Rückgang (1/2 Punkte) der Staatsverschuldungsquote im Untersuchungszeitraum. Eine teilweise Konsolidierung liegt vor, wenn der Primärsaldo im Durchschnitt zwischen 0 und 2 Prozent des BIP (< 2,0) beträgt. Dabei werden vier Subtypen unterschieden (je nach Entwicklung der Schuldenquote im Untersuchungszeitraum sowie in den folgenden drei Jahren nach Beendigung der Untersuchungsperiode, 3 bis 6 Punkte). Eine substantielle Konsolidierung liegt vor, wenn der Primärsaldo im Durchschnitt der Untersuchungsperiode mindestens 2,0 Prozent des BIP beträgt. Dabei werden vier Subtypen unterschieden (je nach Entwicklung der Schuldenquote im Untersuchungszeitraum sowie in den folgenden drei Jahren, 7 bis 10 Punkte).

Abbildung 1: Entwicklung der Konsolidierung in der OECD-Welt (1980 bis 2009)



Anmerkungen: Die Zahl der gültigen Fälle reicht von 20 (1980-81) bis 28 (2008-09). Keine Daten liegen für die OECD-Mitglieder Mexiko, Türkei und Chile vor. Eigene Erhebungen und Berechnungen.

In Abbildung 1 sind die Verläufe des OECD-Durchschnittes, des Best-Performers (Belgien) sowie des Worst-Performers (Frankreich) sowie Deutschlands dargestellt. Die Auswertung des Konsolidierungsindikators zeigt die Entwicklung im langfristigen Vergleich zwischen 1980 und 2009 (aufgrund der Datenverfügbarkeit nur für 23 Länder über den 30-jährigen Zeitraum). Hierbei ist zu beachten, dass es sich immer um zweijährige Untersuchungsperioden handelt, bei denen zudem die Entwicklung drei Jahre nach Ende der Untersuchungsperiode mit betrachtet wurde. Es zeigt sich insgesamt ein deutliches Auf und Ab der Konsolidierungsperformanz im OECD Länderdurchschnitt. Diese Performanz wird vor allem getrieben durch das Wirtschaftswachstum, durch Veränderungen politischer Rahmenbedingungen, wie der Einführung des Euro, dem Zerfall der Sowjetunion, die Deutsche Einheit, aber auch durch politische Entscheidungen für mehr Konsolidierung, etwa nach Machtwechseln (*Wagschal/Wenzelburger 2008*). So ist eindeutig ein EU-Effekt sichtbar, der sich in dem starken Anstieg der Konsolidierungsleistung ab Mitte der 1990er Jahre bis zum durchschnittlichen Spitzenwert 1999 (Einführung des EURO) manifestiert. Anschließend sinkt die Konsolidierungsperformanz wieder und insbesondere vor dem Hintergrund der Finanz- und Wirtschaftskrise, die die letzten beiden Untersuchungsperioden abdeckt, sieht man einen dramatischen Abstieg des Konsolidierungsindikators.

Die Situation in Deutschland zeigt einen deutlichen Konsolidierungsschub nach dem Regierungswechsel 1982/83, der kurz vor der Deutschen Einheit endet. In dieser Zeit liegt die Konsolidierungsperformanz sogar oberhalb des OECD Länderdurchschnittes. Nach der Deutschen Einheit sinkt die Konsolidierungsperformanz rapide ab und verharrt bis Mitte der 90er Jahre auf dem Tiefstwert. Substanzielle Konsolidierungserfolge wurden erst wieder unter der rot-grünen Koalition erzielt, wobei außergewöhnliche Ereignisse (UMTS-Erlöse) die kurzfristige Konsolidierungsperformanz beeinflussten. Erst unter Finanzminister Steinbrück in der Großen Koalition gelang es wieder, einen überdurchschnittlichen Konsolidierungserfolg (2007/08) zu erzielen. Im Anschluss daran sank auch hier die Konsolidierungsperformanz wieder deutlich um 5 Punkte auf dem zehnstufigen Konsolidierungsindikator ab.

Für die in Abbildung 1 dargestellten 23 OECD-Länder ist der Rückgang mit 2,7 Punkten der stärkste Rückgang überhaupt seit 1980. Damit liegt der Durchschnittswert nur knapp über dem Tiefstwert aus der Periode 1982/83. Vergleichsweise starke Einbrüche gab es lediglich nach der Wirtschaftskrise 2001, als der Indikator sich um rund 1,6 Punkte absenkte sowie 1990/91. Insofern kann die Auswirkung der Finanz- und Wirtschaftskrise auf die öffentlichen Haushalte als dramatisch bezeichnet werden.

Ein ähnliches Bild lässt sich aus der Betrachtung der Schuldenstandsquote ableiten. So zeigen die Schätzungen der OECD für das Jahr 2011 gegenüber dem letzten Jahr vor der Krise (2007) einen Anstieg im OECD-Durchschnitt von 30 Prozentpunkten an (*OECD 2010*). Dies ist ein historisch einmaliger Anstieg der Staatsverschuldung, wie er zu keiner Friedenszeit jemals nach 1945 beobachtet werden konnte. Von den Euro-Gründungsländern liegen damit lediglich Luxemburg sowie Schweden unterhalb der 60%-Grenze, die im Maastricht-Vertrag vereinbart wurde. Kausal ist somit der Rückgang der Wirtschaftsleistung, allein 2009 ging die Wirtschaftsleistung in der OECD um 3,5 Prozentpunkte gegenüber dem Vorjahr zurück, für den Verschuldungsanstieg maßgeblich verantwortlich. Gegenüber 2007 macht dies bereits eine Punkt-Differenz von 6,2 Punkten aus.

Betrachtet man in einem weiteren Schritt nun die deskriptiven Zusammenhänge (Korrelate) der fiskalpolitischen Maßnahmen mit dem Konsolidierungsindikator für die Kri-

senperiode, so zeigt sich überraschenderweise kein Effekt auf die Konsolidierung der Untersuchungsperiode 2008/2009 (ein mittelstarker jedoch für die Periode 2007/2008). Dies liegt unter anderem daran, dass es sich bei dem Konsolidierungsindikator um eine längerfristige Betrachtung verschiedener Indikatoren, wie der Entwicklung der Staatsverschuldung und des Primärdefizits, handelt. Zudem ist – wie zu erwarten – kaum noch eine Varianz des Konsolidierungsindikators vorhanden. Die meisten Länder (20 von 28) liegen beim Minimalwert 1. Lediglich Norwegen (Wert 7) und die Schweiz (Wert 6), vor allem auf Grund der 2003 eingeführten Schuldenbremse, weisen höhere Werte auf.

Nimmt man jedoch nur das Primärdefizit sowie das Haushaltsdefizit, dann zeigt sich insbesondere für den Gesamtumfang aller Konsolidierungspakete ( $r = -0,44$ ) und noch etwas stärker für die Steuermaßnahmen eine mittelstarke Korrelation ( $r = -0,51$ ). Dies bedeutet, dass die Konjunkturpakete durchaus sofort auf die Finanzierungssituation des Gesamtstaates durchschlagen, allerdings gibt es keine eins zu eins Entsprechung. Dies bedeutet, dass andere Faktoren, wie andere erhöhte Ausgaben durch die Wirtschaftskrise und insbesondere der Rückgang des Bruttoinlandsproduktes, hier ebenfalls stark auf die kurzfristigen Finanzindikatoren durchschlagen und dass es diskretionäre Unterschiede bei den Staatseingriffen gibt. Ein ähnliches Bild ergibt sich für Finanzierungssaldo (Nettokreditaufnahme) des Staates. Bemerkenswert ist außerdem, dass die „Konsolidierungsperformanz“, d.h. der langfristige Durchschnitt des Konsolidierungsindikators (seit 1980 bzw. seit 1990) ebenfalls keine nennenswerte Korrelation mit den Fiskalpakten aufweist.

Die Staatsverschuldung in Prozent des BIP ist dagegen im bivariaten Vergleich nur schwach positiv mit dem Gesamtumfang sowie den Steuermaßnahmen korreliert, das heißt je höher der Schuldenstand desto geringer ist in der Tendenz der fiskalische Eingriff des Staates.

Insgesamt zeigt sich ein mittelstarker statistischer Zusammenhang zwischen den gängigen Finanzindikatoren (Staatsverschuldung, Finanzdefizit, Primärdefizit) und den fiskalpolitischen Maßnahmen, d.h. je höher der Grad der Verschuldung und je stärker der Konsolidierungsdruck, desto geringer waren die expansiven Fiskalmaßnahmen.

### 3.2. Zukünftige Entwicklungen: Marsch in den Staatsbankrott?

Verschuldungskrisen und Staatsbankrotte sind nicht neu: Nach den Krisen in der jüngeren Vergangenheit in Argentinien, Mexiko, Russland und Asien haben im Zuge der Finanz- und Wirtschaftskrise drohende Zahlungsunfähigkeit und die Gefahr von Staatsbankrotten nun auch die OECD-Welt erreicht. So musste die EU Beistand für die in Zahlungsunfähigkeit geratenen Länder Lettland, Ungarn und Rumänien leisten, der drohende Staatsbankrott in Griechenland erforderte ebenfalls Unterstützungsmaßnahmen.

Wie wird sich die Verschuldung in Zukunft entwickeln? Der historisch einmalige Verschuldungsschub durch die Finanzkrise in der OECD-Welt, der einen Anstieg von rund 30 Prozentpunkten in vier Jahren auf ein Niveau von über 100 Prozent des BIP im Jahr 2011 zur Folge haben wird, ist sicher nicht das „Ende der Fahnenstange“. Die langfristigen Konsequenzen werden sich auch in einem niedrigeren Niveau des Wirtschaftswachstums widerspiegeln. Neuere Studien zu den Auswirkungen von Banken- und Finanzkrisen (*Reinhart/Rogoff* 2009) zeigen zudem, dass solche Schocks nach Krisen im Durchschnitt die Arbeitslosenraten um 7 Prozentpunkte steigen lassen, die Wirtschaftsleistung im Mittel um 9 Prozentpunkte zurückgeht und die Steuereinnahmen erodieren. Konsequenterweise steigt

die Staatsverschuldung dadurch im Mittel um 86 Prozent gegenüber dem Wert vor der Krise (beachte: nicht Prozentpunkte). Dies würde eine Entwicklung hin zu einer Schuldenstandsquote von 130 Prozent des BIP in der OECD-Welt zur Folge haben, wobei dann die Zinsausgaben bei einem unterstellten Zinssatz von 5 Prozent und einer Staatsausgabenquote von 50 Prozent des BIP rund 13 Prozent des Budgets ausmachen werden.

Die Europäische Zentralbank (*ECB* 2010: 89) hat vor dem Hintergrund der Finanzkrise und auf Basis unterschiedlicher Primärsaldenentwicklungen verschiedene Stabilitätsszenarien für den Euro-Raum berechnet. Auch hier ist der Möglichkeitsraum für die Schuldenentwicklung in den nächsten 15 Jahren – je nach Konsolidierungsanstrengungen – sehr unterschiedlich. Ein Szenario sieht eine Verbesserung des Primärsaldos von 0,5 Prozent des BIP pro Jahr vor bis ein ausgeglichener Haushalt vorliegt. Dies würde über 10 Jahre hinweg (zur Zeit liegt das Primärdefizit bei -3,7 Prozent im Euroraum) einen stetigen Konsolidierungsfortschritt bedeuten. Das Referenzszenario der EZB sieht keine Konsolidierung vor. Im ersten Szenario wird der Spitzenwert der Schuldenquoten im Jahr 2012 mit 97,2 Prozent des BIP erreicht, im zweiten Szenario liegt man – bei stetig steigenden Schuldenquoten – bei 150 Prozent des BIP im Jahr 2026.

Diese Simulationen basieren auf schuldenarithmetischen Zusammenhängen, bei denen gezeigt wird, dass es „Grenzwerte der Verschuldung“ gibt. Dieses „Domar-Modell“ (*Domar* 1944; *Blaas/Matzner* 1981: 118ff.; *Schlesinger/Weber/Ziebarth* 1993: 21ff.) ermöglicht es, den Einfluss verschiedener makroökonomischer Größen auf den Schuldenstand zu beurteilen. Die Verschuldungsquote ( $D/Y$ ) tendiert (für  $t$  gegen unendlich) in einem Modell mit Inflation gegen folgenden Grenzwert:

$$\lim_{t \rightarrow \infty} \frac{D}{Y} = \frac{a}{w + p}$$

Mit:  $D$  = Nominelle Staatsschulden,  
 $Y$  = Nominelles Bruttonettoprodukt,  
 $a$  = Anteil der Kreditaufnahme am Volkseinkommen,  
 $p$  = Inflationsrate,  
 $w$  = Wirtschaftswachstum

Entscheidend für diese Betrachtung ist das Verhältnis von Nettokreditaufnahme und Wirtschaftswachstum. In Tabelle 3 sind die Entwicklungen für den Euro-Raum sowie verschiedene Volkswirtschaften und ihre jeweiligen historischen Parameter für die 16 Jahre 1996 bis 2011 dargestellt. Es zeigt sich der zentrale Einfluss des Wirtschaftswachstums (USA, Griechenland) als die notwendige Stellgröße zur Konsolidierung der Haushalte, da zumindest im Euro-Raum die Geldentwertung als „Sanierungsoption“ ausfällt. Allerdings dürfte gerade im Fall von Griechenland auch die Begrenztheit solcher Berechnungen auffallen, da für das kommende Jahr ein Defizit von 10 Prozent, ein Wirtschaftswachstum von 1,6 Prozent und eine Inflationsrate von 1,6 Prozent von der OECD geschätzt werden. Extrapoliert man diese Werte, so erwartet Griechenland 2021 eine Schuldenquote von 180 Prozent und 2036 von 199,7 Prozent des BIP. Für den Euro-Raum liefern die langfristigen Durchschnittswerte für die Mittel- und Langfrist eine nahezu konstante Schuldenquote. Verwendet man allerdings auch hier die aktuellen Schätzdaten für 2011 ( $a = 6,2$ ,  $w = 1,7$ ,  $p = 0,7$ ) als Maßstab, dann liegen die Prognosen der Schuldenquoten für 2021 bei 128,4 und für 2036 bei 167,7 Prozent. Diese Werte entsprechen somit sehr exakt den aktuellen Prognosen der Europäischen Zentralbank für den Euro-Raum, falls die Regierungen keine Konsolidierungsanstrengungen unternehmen (*ECB* 2010: 88ff.).

*Tabelle 3:* Entwicklungen der Schuldenstandsquote  
(Simulationen nach dem Domar-Modell)

	Werte	Schuldenstands- quote 2011	Schuldenstands- quote 2021	Schuldenstands- quote 2036
Deutschland	a = 2,95, w = 1,14, p = 1,39	85,5	92,5	100,1
Frankreich	a = 3,96, w = 1,75, p = 1,56	99,2	105,0	110,8
Griechenland	a = 6,31, w = 3,03, p = 3,49	130,5	114,3	103,5
Japan	a = 6,29, w = 0,85, p = 0,12	204,3	245,4	300,0
USA	a = 3,76, w = 2,60, p = 2,35	99,5	90,4	82,9
Euro-Raum	a = 3,20, w = 1,16, p = 1,82	93,2	93,1	93,1

Anmerkungen: Simulationen auf Basis der Durchschnittswerte im Zeitraum 1996 bis 2011 für die Entwicklung ab 2011 (Datengrundlage sind die Werte des OECD-Economic Outlook).

Die ausgewiesene (explizite) Staatsschuld ist jedoch nur die „halbe Wahrheit“, denn sie erfasst nicht, was die nachfolgenden Generationen an Belastungen aus heutigen Zahlungsverpflichtungen zu tragen haben (z.B. Pensionsverpflichtungen). Neben der expliziten ist demnach auch die Berechnung der impliziten Staatsverschuldung (über so genannte „intergenerationale Modelle“) von großer Bedeutung (*Besendorfer/Dang/Raffelhüschen* 2005). Dieser Ansatz will den Gegenwartswert der gesamten Staatsverschuldung erfassen. Dabei wird neben der in der Vergangenheit bereits aufgenommenen „expliziten“ Staatsschuld auch die „implizite“ Staatsschuld berücksichtigt – oder genauer gesagt: die Bilanz aller zukünftigen Ausgaben und Einnahmen. Die Ergebnisse hängen zwar sehr von den Annahmen ab, aber immerhin lassen sich so die Lasten aus Pensionsversprechen und „versteckten“ Ansprüchen abschätzen. Der Sachverständigenrat schätzte 2003 in seinem Jahresgutachten die implizite Verschuldung auf mehr als 270 Prozent des BIP (*Sachverständigenrat* 2003), sodass zusammen mit der expliziten Staatsverschuldung die zukünftigen Schulden – auch bedingt durch die Finanzkrise – deutlich höher sein werden.

Nachdem die langfristigen Durchschnitte somit eher konservative Simulationen bzw. Schätzungen des Domar-Modells begünstigen, führen kürzere aktuelle Durchschnittswerte bzw. die aktuellen Jahresdaten zu einer deutlichen mittel- und langfristigen Verschuldungserhöhung. Gerade vor dem Hintergrund der aktuellen Schuldenkrise verschiedener Mitgliedsländer des Euro-Raumes und des deutlichen Rückganges der Wirtschaftswachstumsraten liegen die „aktuellen“ Langfristgrenzen der Verschuldung deutlich über denen in Tabelle 3.

#### 4. Determinanten der Policy-Reaktionen

Welche Faktoren erklären die Varianz der unterschiedlichen Policy-Reaktionen? Auf Grundlage der Theorien der vergleichenden Staatstätigkeitsforschung (*Schmidt* 1993, 2000, *Wagschal* 2005: 34f.) gehen wir davon aus, dass sich Unterschiede in den Policy-Reaktionen auf Pfadabhängigkeiten sowie sozio-ökonomische, politisch-institutionelle, parteipolitische und internationale Erklärungsfaktoren zurückführen lassen. Zudem liegt die Vermutung nahe, dass funktionalistische Größen wie die Größe und Bedeutung des Finanzsektors einen (erhöhenden) Effekt auf die Konjunkturpakete hatten. Wir erwarten dabei keinen einheitlichen Effekt der Faktoren auf die unterschiedlichen abhängigen Variablen, also den Gesamtumfang der Policy-Reaktionen sowie die Aufteilung in Ausgaben- oder Steuermaßnahmen (vgl. Tabelle 1). In Tabelle 4 sind die einzelnen Faktoren

der verschiedenen Schulen sowie das erwartete Vorzeichen für die multivariate Regressionsanalyse dargestellt. Dabei hat, aufgrund der Kodierung der abhängigen Variablen, ein negatives Vorzeichen eine Erhöhung des Konjunkturpaktes (und damit des Defizites) zur Folge.

*Tabelle 4: Potenzielle Erklärungsfaktoren und ihre Einflussrichtung*

Erklärungsfaktoren und ihre Einflussrichtung					
<i>Sozio-ökonomische Faktoren</i>	<i>Institutionelle Faktoren</i>	<i>Parteilpolitische Faktoren</i>	<i>Internationale Faktoren</i>	<i>Funktionalistische Faktoren</i>	<i>Pfadabhängigkeit</i>
Niveau des MISE-RY-Index bzw. der Arbeitslosigkeit (-)	Anzahl der Parteien in der Regierung (- / ?)	Stärke bzw. Vorkommen Linkserregierungen (-)	Internationale Handelsverflechtung (+)	Anteil der Beschäftigten im Kredit- und Versicherungsgewerbe (-)	Schuldenquote (+)
Rückgang des Wirtschaftswachstums (-)	Vetospiele-Index (? / +)	Stärke bzw. Vorkommen Rechtsregierungen (+)	Anteil der Exporte / Importe am BIP (+)	Anteil Kredit- und Versicherungsgewerbe am BIP (-)	Sozialausgabenquote (+)
Anstieg der Arbeitslosigkeit (-)	Mitgliedschaft in der EU bzw. Euroraum (-)	Stärke bzw. Vorkommen Mitterregierungen (?)		Starke Bankenregulierung (+)	Konsolidierungsperformance der Vergangenheit (-)
Größe der Bevölkerung (-)	Liberaler Wohlfahrtsstaat bzw. VoC (+)				Staatsquote (?, -)
Altersquotient der Bevölkerung (+)	Nähe zum Wahltermin, Wahltermin in 2008/09 (-)				
Wohlstandsniveau, BIP pro Kopf (-)	Executive Parteien Dimension (Lijphart 1999) (?, -) Föderal-Unitarische Dimension (Lijphart 1999) (?, +)				

Anmerkungen: Die erwartete Einflussrichtung folgt der Einflussrichtung „eine Erhöhung der unabhängigen Variable X hat einen (-) negativen Anstieg der abhängigen Variablen Y zur Folge, d.h. die Policy-Reaktion wird stärker“. Für die Analysen wurden die Variablen teilweise logarithmiert. ? = es kann keine klare Einflussrichtung angegeben werden bzw. es liegen evtl. gegenläufige Wirkmechanismen vor.

Für die sozioökonomischen Faktoren wird für die Kausalbeziehung davon ausgegangen, dass ein hoher oder sich verschärfender ökonomischer Problemdruck einen höheren Handlungsdruck erzwingt und damit die Konjunkturpakete in der Krise um so größer sein dürften. Für die Größe der Bevölkerung gilt – wie bereits oben ausgeführt –, dass große Länder einen stärkeren Anreiz für Eingriffe haben. Auch reichere Länder haben ceteris paribus mehr Ressourcen bzw. eine höhere Wahrscheinlichkeit später mehr Steuern einzuheben, weshalb sie in der Krise auch aktiver sein können. Im Hinblick auf den Altersquotienten wird eine Budgetkonkurrenz angenommen. Durch das elektorale Gewicht dieser Gruppe werden Maßnahmen zu ihren Lasten (und hierzu zählen Konjunkturprogramme) eher unwahrscheinlicher. Zudem dürften – unter sonst gleichen Umständen – mehr Ressourcen für Soziales festgelegt sein.

Die Anzahl der Parteien an der Regierung kann unterschiedlich gedeutet werden. Im Sinne der Vetospielerlogik (Tsebelis 2002) sind sie als Vetospieler zu zählen, weshalb Konjunkturpakete bei mehr Regierungsparteien niedriger ausfallen dürften. In der Logik

von *Wagschal* (1999, 2005, vgl. auch *Birchfeld/Crepaz* 1998) können Vetospieler auch in kompetitive und konsensuale Vetospieler unterschieden werden. Die meisten der existierenden Vetospielerindizes sind dabei additive Institutionenindizes, wie etwa auch derjenige von *Tsebelis*.<sup>7</sup> Eine genaue Untersuchung zeigt jedoch eine starke Abhängigkeit von der Zahl der Parteien an der Regierung. Bei *Tsebelis* sind die Parteien in der Regierung der wichtigste Bestandteil seines Vetospielerindikators, da in ihm die größte Variation zwischen den Ländern stattfindet. Die Zahl der Parteien an der Regierung bestimmt somit maßgeblich die Größe des Vetospielerindikators von *Tsebelis* (für die Periode von 1945 bis 2000 beträgt  $r = 0,93$ ). Koalitionstheorien, die auf spieltheoretischen Überlegungen basieren, können hierbei als Grundlage dienen. Da diese ersten Ansätze zunächst politikblind waren, wurde als weiterer Aspekt in räumlichen Modellen die politische Distanz (und damit *Policies*) hinzugefügt.<sup>8</sup> Es hat sich gezeigt, dass die nicht-politikblinden Theorien besser geeignet sind, Koalitionsbildungsprozesse zu erklären. Somit stellt die ideologische Nähe von Parteien – neben dem reinen Machtmaximierungsargument – einen wichtigen Prädiktor dar. Dies ist insbesondere für den Status der kollektiven Akteure Koalitionspartner im Falle von Mehrparteienregierungen von Relevanz. Somit handelt es sich hier um konsensuale Vetospieler, die zumeist eng aneinander gekoppelt sind. Nur in den seltensten Fällen dürfte es sich um kompetitive Vetospieler in Koalitionsregierungen handeln, wie etwa im Fall der Koalition zwischen Kommunisten und Konservativen in Griechenland Ende der 1980er Jahre. Die zweite Sichtweise zu der Zahl der Parteien ist die Interpretation als Rentseeker. Damit würde man größere Krisenpakete bei einer höheren Zahl von Regierungsparteien erwarten.

Haben Regierungen ihre Konjunkturpakete in den Krisenjahren 2008/09 verabschiedet, so könnten sie geneigt sein einen „politischen Konjunkturzyklus“ auszunutzen. Neben der Bekämpfung der Krise könnten auch Nebenzwecke zur Sicherung des Wahlerfolgs in den Paketen „versteckt“ worden sein. Zahlreiche sozialpolitische Elemente in den Maßnahmenprogrammen sprechen durchaus für diese Sichtweise. Unter dem Deckmantel einer krisengetriebenen, keynesianischen Fiskalpolitik wird somit vor den Wahlen noch stärker expandiert, um (a) die eigene Wiederwahl zu sichern und/oder (b) andere Politikziele zu verwirklichen.

Die Parteiendifferenztheorie würde bei Linksregierungen, die zudem der keynesianischen Logik verhaftet sind, stärkere Wirtschaftseingriffe unterstellen, während Rechtsregierungen geringere Eingriffe vornehmen. Mitte-Regierungen würden – so die Logik dieses räumlichen Politikmodells – in der Mitte liegen. Ebenso würde man liberalen Wohlfahrtsstaaten eine geringere Eingriffstiefe unterstellen.

Als besondere funktionalistische Kategorie werden der Anteil des Finanzmarktes bzw. des Bankensektors an der gesamten Wertschöpfung (BIP) verwendet. Als alternativer Indikator wird darüber hinaus der Anteil der Beschäftigten im Finanzmarktsektor an der Gesamtbeschäftigung berücksichtigt. Dabei wird ein stärkerer Eingriff bei einer größeren Abhängigkeit vom Finanzmarkt unterstellt.

Als Globalisierungsindikatoren werden die internationale Handelsverflechtung, gemessen über den Anteil der Importe und Exporte berücksichtigt. Je stärker die Einbindung in den Weltmarkt, desto geringer wirksam sind heimische Konjunkturpakete. Im Extremfall sind diese sogar völlig unwirksam. Kleine, hoch verflochtene Länder haben damit kaum einen Anreiz eigene Konjunkturpakete aufzulegen.

Als Indikatoren der Pfadabhängigkeit werden die Staatsschuldenquote, die Staatsquote sowie Indikatoren der Konsolidierungsperformanz in der Vergangenheit verwendet.

Wir gehen überdies davon aus, dass Sozialausgaben als automatische Stabilisatoren der Binnennachfrage zudem eine entscheidende Rolle für die Struktur der Policy-Reaktionen spielen. Wir erwarten also auch einen Effekt der Struktur des Wohlfahrtsstaates. *Dolls* u.a. (2009) finden in ihrem Arbeitspapier allerdings keine empirischen Belege für diese Annahme: Zwischen der Größe der diskretionären Maßnahmen und dem Einkommenskorrekturereffekt von automatischen Stabilisatoren bestehe keine Korrelation. Allerdings kommt das Papier zu dem Ergebnis, dass Länder mit höherer Staatsverschuldung sowie offenen Volkswirtschaften kleinere Konjunkturpakete verabschiedet haben. Diese Ergebnisse entsprechen unseren theoretischen Erwartungen für die Untersuchung.

In Tabelle 5 sind die Befunde für die untersuchten Variablen dargestellt. Die abhängige Variable Gesamtumfang aller fiskalischen Maßnahmen wird vor allen Dingen durch sozio-ökonomische Faktoren erklärt. Als durchweg signifikante Größe erweist sich die (logarithmierte) Größe eines Landes. Das negative Vorzeichen weist darauf, dass bevölkerungsreiche Länder deutlich stärker expansive Maßnahmen vorgenommen haben als kleine Länder. Zweitens erweist sich die bereits bestehende Staatsschuld als wichtiger Einflussfaktor. Je größer die bestehende Verschuldung, desto geringer ist der Spielraum für expansive Fiskalmaßnahmen. Zudem zeigt sich, dass die Regierungen auch auf die Nähe des Wahltermins reagiert haben. Länder, die eine Wahl in 2008 bzw. 2009 hatten, waren deutlich aktiver, als Regierungen, die keine Wahl zu absolvieren hatten und insofern auch nicht der Gefahr des Machtverlustes ausgesetzt waren.

Die Einbindung in den Weltmarkt ist wie erwartet von Relevanz (allerdings nur als logarithmierte Größe), was zu den theoretischen Erwartungen passt. Als erklärungskräftige Größe zeigt sich darüber hinaus noch der Misery-Index, wobei das Vorzeichen nicht der erwarteten Richtung entspricht. Ein hoher Misery-Index, das heißt ein hoher Problemdruck gemessen über hohe Arbeitslosigkeit und eine hohe Inflationsrate, hat eine zurückhaltende Aktivität der Regierung in der Wirtschaftskrise zur Folge. Aufgrund der Problemdruckhypothese würde man jedoch das genaue Gegenteil vermuten und einen stärkeren Eingriff erwarten. Dieses Bild wird auch bei den alternativen Operationalisierungen, z.B. die Veränderung der Arbeitslosigkeit, bestätigt.

Parteilpolitische Faktoren erweisen sich bei der Erklärung des Gesamtumfangs der Krisenmaßnahmen zumeist als unbedeutend, bis auf die Stärke der Mitteparteien. So besteht kein parteipolitischer Einfluss weder mit einer Rechtspartei im Amt noch mit der Stärke der Linksparteien. Insbesondere der Effekt der Mitteparteien, sonst wenig bedeutend in der vergleichenden Staatstätigkeitsforschung, ist erklärungsbedürftig. Zwei Argumentationen bieten sich an: zum einen ist die dominante Christdemokratie in dieser Kategorie über die Zeit deutlich etatistischer geworden, so die Auswertungen der Party Manifesto Daten und ist neben der Sozialdemokratie die Parteienfamilie, die den Wohlfahrtsstaat befördert hat. Dieser Trend der Sozialdemokratisierung führt auch zu stärkerem Staatsinterventionismus. Zum anderen decken die Mitte-Parteien am ehesten den Median-Wähler ab, so dass es sich hier vor allem um eine Responsivität der Mitteparteien gegenüber den Präferenzen des Median-Wählers und ihrer Kernklientel handeln könnte.

*Tabelle 5:* Bestimmungsfaktoren der Größe von Konjunkturpaketen  
(Abhängige Variable: Gesamtumfang der diskretionären fiskalpolitischen  
Maßnahmen 2008 bis 2010)

	(1)	(2)	(3)	(4)	(5)
Konstante	4,13 (1,02)	1,72 (0,4)	2,41 (0,46)	7,53 (1,57)	-10,54 (-1,30)
Logarithmierte Bevölkerungszahl	-2,93 (-3,5)***	-2,96 (-3,61)***	-2,94 (-2,7)**	-3,07 (-3,68)***	-2,51 (-2,70)**
Staatsschuldenquote (in% des BIP)	0,05 (3,04)***	0,05 (3,13)***	0,04 (2,08)**	0,06 (3,29)***	0,07 (4,28)***
Misery-Index (Inflationsrate plus Arbeitslosenquote)	0,46 (2,42)**	0,5 (2,63)**	0,47 (2,09)**	0,47 (2,47)**	
Wahltermin während der Krise (zwischen 2008 und 2010)	-2,28 (-2,17)**	-2,2 (-2,13)**		-2,70 (-2,48)**	-2,78 (-2,79)**
Additiver Vetospielerindex			0,2 (0,51)		0,22 (0,79)
Anteil der Beschäftigung im Finanzsektor an der gesamten Beschäftigung		0,68 (1,40)			
Anzahl der Parteien an der Regierung			0,19 (0,39)		
Veränderung der Arbeitslosenquote gegenüber dem Vorjahr (in%)					0,08 (2,41)**
Öffentliche Sozialausgaben in% des BIP (Mittelwert 2000-2005)				-0,14 (-1,29)	
Logarithmiertes Außenhandelsaldo					3,98 (3,08)***
Kabinettsitzanteil zentristischer bzw. christdemokratischer (Mitte-)Parteien					-0,07 (-3,20)***
Adj. R <sup>2</sup>	0,475	0,496	0,305	0,489	0,605
F-Statistik	7,10***	6,31***	3,28***	6,17***	6,69***
N	28	28	27	28	27

Anmerkungen: Die Werte sind die unstandardisierten Regressionskoeffizienten; t-Statistik in Klammern: \* = signifikant auf 10%-Niveau, \*\* = signifikant auf 5%-Niveau, \*\*\* = signifikant auf 1%-Niveau (zweiseitige Fragestellung beim Hypothesentest). In keiner Gleichung liegt Multikollinearität vor (VIF-Wert ist stets kleiner als 2,0). Die abhängige Variable hat ein negatives Vorzeichen, wenn sich die Konjunkturpakete – wie in den meisten Ländern – negativ auf den Budgetsaldo auswirken. Die Koeffizienten sind daher so zu lesen, dass ein höherer Wert einer Variablen mit negativem Regressionskoeffizienten unter sonst gleichen Bedingungen die Größe des Konjunkturpaketes erhöht; eine Erhöhung des Wertes einer Variable mit einem positiven Regressionskoeffizienten senkt dagegen den Umfang des Konjunkturpaketes.

Der Einfluss von Institutionen ist in der Krisenbewältigung eher gering. Der additive Vetospielerindex, der sich zusammensetzt aus einem starken Bikameralismus, der Existenz eines Föderalstaates, eines starken Verfassungsgerichts sowie eines ausgebauten direktdemokratischen Instrumentariums, zeigt für die Gesamtaktivität der einzelnen Staaten keinen Effekt. Eine alternative Operationalisierung des Vetospielergedankens (*Tsebelis* 2002) wäre die exekutive Parteiendimension von *Lijpart* (1999). Aber auch diese Variable erweist sich nicht als erklärungskräftig. Die Unterscheidung zwischen konsensualen und kompetitiven Vetospielern (*Wagschal* 1999; 2005) ist für den Gesamtumfang kein signifikanter Erklärungsfaktor. Unter konsensualen Vetospielern versteht man vor allem Koalitionsparteien in einer Regierung, die ein gemeinsames Machterhaltungs- und Wiederwahlinteresse verfolgen. Inkludiert man die Zahl der Parteien in den Vetospielerindex, so hat auch diese ergänzte Vetospielervariable keinen Einfluss auf die gesamten Fiskalaktivitäten, ebenso wie diese Variable allein. Auch die Mitgliedschaft im Euroraum bzw. in der Europäischen Union ist in den multivariaten Regressionsmodellen ohne Erklärungskraft.

Die beiden Variablen, die die Abhängigkeit eines Staates von der Finanzmarktgröße operationalisieren (Anteil der Wertschöpfung bzw. Beschäftigungsabhängigkeit) erweisen sich beide als insignifikant, was angesichts der öffentlichen Diskussion doch überrascht.

Die multivariate Regressionsanalyse unterstellt kurze Kausalketten. Komplexere Modelle berücksichtigen Konditionaleffekte, die über Interaktionsterme modelliert werden können. In Tabelle 6 sind zwar keine solchen Interaktionseffekte dargestellt, jedoch wurden verschiedene Interaktionen (z.B. Wahlen und parteipolitische Zusammensetzung der Regierung, Vetospieler und parteipolitische Zusammensetzung der Regierung) die theoretisch Sinn machen geschätzt. Diese waren jedoch alle für diese abhängige Variable insignifikant.

Den Gesamtumfang der Policy-Reaktionen kann man weiter nach Ausgaben und Steuermaßnahmen unterscheiden. Generell kann man für die Analyse der Ausgaben ähnliche Befunde feststellen wie für die Gesamtmaßnahmen, wobei die Erklärungskraft der Modelle 1-5 aus Tabelle 5 generell geringer ist und verschiedene Faktoren insignifikant werden.

Einige Unterschiede ergeben sich jedoch wenn man die Steuermaßnahmen analysiert. Hier liegt zunächst die Erklärungskraft der statistischen Modelle deutlich höher als für die Gesamtmaßnahmen (vgl. Tabelle 7). Im wesentlichen sind die Ergebnisse identisch zu Tabelle 5, d.h. es dominieren als Erklärungsfaktoren (1) sozioökonomische Größen, wie die Bevölkerungsgröße und der Problemdruck (wieder mit dem „falschen“ Vorzeichen); (2) die Pfadabhängigkeit, die über einen hohen Schuldenstand den Handlungsspielraum restringiert und (3) der Wahlzeitpunkt, der eine Ausrichtung der Maßnahmen am Wahltermin belegt. Dennoch gibt es in den Ergebnissen von Tabelle 6 drei wichtige Unterschiede zu den Modellen in Tabelle 7:

1. Die Signifikanz der (kompetitiven) Vetospielervariable, bei gleichbleibender Insignifikanz der (konsensualen) Vetospielervariable „Anzahl der Parteien an der Regierung“.
2. Die Signifikanz eines Interaktionsterms, der den konditionalen Effekt des Wahltermins mit der Stärke von rechten bürgerlichen Parteien an der Regierung operationalisiert.
3. Die Verringerung der Signifikanz der Außenhandelsvariable, bei der zwar das korrekte Vorzeichen bestehen bleibt, aber die Signifikanzschwellen verfehlt werden.

Die Befunde der Vetospielervariablen führen nicht zu einer Zurückweisung der Vetospielertheorie, sondern bestätigen die Ausdifferenzierung dieses Ansatzes, wie sie bereits früher für die Steuerpolitik nachgewiesen wurde (*Hallerberg/Basinger* 1998, *Wagschal* 1999, *Wagschal* 2005: 188ff.). Zum einen kann damit das Argument aus der Koalitionsbildung gestützt werden, dass Koalitionspartner in der Regierung konsensuale Partner und nicht kompetitive Gegner sind. Und zum anderen zeigt sich der kompetitive Vetoindex gerade im Politikfeld „Steuern“ als hoch relevant. Gerade die Steuerpolitik unterscheidet sich durch oftmals bestehende erhöhte Zustimmungserfordernisse sowie die hohe Polarisierung im Politikfeld als paradigmatischer Untersuchungsgegenstand. Daher kann die Unterscheidung in kompetitive und konsensuale Vetospieler die Erklärungskraft der Vetospielertheorie auch bei den Steuermaßnahmen in der Finanz- und Wirtschaftskrise substantziell verbessern.

**Tabelle 6:** Bestimmungsfaktoren der Größe von steuerlichen Konjunkturmaßnahmen  
(Abhängige Variable: Gesamtumfang der steuerlichen Maßnahmen 2008 bis 2010)

	(1)	(2)	(3)	(4)	(5)
Konstante	5,54 (3,03)***	4,45 ** (2,23)	7,17 (3,73)***	0,64 (0,14)	6,90 (3,67)***
Logarithmierte Bevölkerungszahl	-2,34 (-4,56)***	-2,51 (-4,82)***	-2,59 (-5,18)***	-2,24 (-4,18)***	-2,44 (-4,88)***
Staatschuldenquote (in% des BIP)	0,04 (4,07)***	0,04 (3,81)***	0,04 (4,44)***	0,05 (4,83)***	0,04 (4,28)***
Wahltermin während der Krise (zwischen 2008 und 2010)	-1,81 (-2,88)***	-0,19 (-0,23)	-1,95 (-3,27)***	-1,81 (-3,10)***	-2,07 (-3,52)***
Additiver Vetospielerindex	0,44 (2,38)**	0,53 (2,88)***	0,43 (2,51)**	0,45 (2,71)**	0,48 (2,82)**
Kabinettsitzanteil zentristischer bzw. christdemokratischer (Mitte-)Parteien			-0,02 (-1,90)*	-0,03 (-2,47)**	-0,03 (-2,25)**
Kabinettsitzanteil rechter Parteien		0,04 (2,84)**			
Interaktionsterm Kabinettsitzanteil rechter Parteien und Wahltermin		-0,04 (-2,19)**			
Veränderung der Arbeitslosenquote gegenüber dem Vorjahr (in%)	0,05 (2,67)**		0,04 (1,91)*	0,04 (2,24)**	0,05 (2,32)**
Logarithmiertes Außenhandelsaldo				1,14 (1,52)	
Liberales Wohlfahrtsstaatsregime					-0,99 (-1,42)
Adj. R <sup>2</sup>	0,579	0,578	0,628	0,652	0,646
F-Statistik	7,87***	6,71***	8,02***	7,68***	7,53***
N	26	26	26	26	26

Anmerkungen: Die Werte sind die unstandardisierten Regressionskoeffizienten; t-Statistik in Klammern: \* = signifikant auf 10%-Niveau, \*\* = signifikant auf 5%-Niveau, \*\*\* = signifikant auf 1%-Niveau (zweiseitige Fragestellung beim Hypothesentest). Außer in Gleichung 6 (VIF logbalance=2,7) liegt in keiner Gleichung Multikollinearität vor (VIF-Wert ist stets kleiner als 2,0). Die abhängige Variable hat ein negatives Vorzeichen, wenn sich die Konjunkturpakete – wie in den meisten Ländern – negativ auf den Budgetsaldo auswirken. Die Koeffizienten sind daher so zu lesen, dass ein höherer Wert einer Variablen mit negativem Regressionskoeffizienten unter sonst gleichen Bedingungen die Größe des Konjunkturpaketes erhöht; eine Erhöhung des Wertes einer Variable mit einem positiven Regressionskoeffizienten senkt dagegen den Umfang des Konjunkturpaketes. Liberales Wohlfahrtsstaatsregime: Typologie und Einstufung nach *Esping-Andersen* (1990), Korea wurde ebenfalls als liberal klassifiziert.

## 5. Zusammenfassung

Ziel dieses Beitrages war die Darstellung, Auswertung und Analyse der Konjunkturstützungsmaßnahmen, die von 28 OECD-Ländern im Zuge der größten Wirtschafts- und Finanzkrise nach dem Zweiten Weltkrieg verabschiedet und implementiert wurden. Damit wurden zwar nicht alle Stützungsmaßnahmen der Regierungen erfasst, da die Aktivitäten der Notenbanken, Garantieerklärungen für Banken und Rechtsveränderung nicht berücksichtigt wurden. Dennoch sind die hier untersuchten Maßnahmen die Kernbestandteile der Policy-Reaktionen auf die Finanzkrise.

Im deskriptiven Abschnitt wurde gezeigt, dass die große Variation der Nachfrageprogramme nur bedingt mit den verschiedenen Typologisierungsansätzen von Marktwirtschaften und Wohlfahrtsstaaten zusammenpasst. Dieser Befund wird dadurch gestützt,

dass diese Typologien in Mehrvariablenregressionen kaum etwas zur Erklärung der Varianz beitragen.

Auf Basis eines neuartigen Konsolidierungsindikators wurde im dritten Abschnitt gezeigt, dass die Wirtschaftskrise so stark wie nie zuvor auf die Konsolidierungsbemühungen von Regierungen eingewirkt hat. Der historische größte Verschuldungsanstieg in Friedenszeiten seit 2007 unterstreicht die Herausforderung der Wirtschafts- und Finanzkrise für die öffentlichen Finanzen. Darüber hinaus wurde auf Basis von Simulationsrechnungen gezeigt, dass mittel- und langfristig ein weiterer Verschuldungsanstieg zu erwarten ist, der durch die demographische Entwicklung, geringeres Wirtschaftswachstum und die nicht ausgewiesene (implizite) Verschuldung sich vermutlich sogar noch verstärken wird.

Schließlich wurden im Hauptteil der Untersuchung die Determinanten der Policy-Reaktionen der Nationalstaaten auf die Krise identifiziert. Dabei wurde nach dem Gesamtumfang sowie den Steuermaßnahmen differenziert. Im Wesentlichen haben sozio-ökonomische Faktoren, wie die Bevölkerungsgröße eines Landes oder die Höhe der Staatsschulden, die Möglichkeiten für ein keynesianisches Deficit-Spending verringert. Zudem ist ein wahltaktisches Ausrichten der Konjunkturpakete für die Varianz der Maßnahmen verantwortlich. Es zeigt sich daneben, dass der Problemdruck nicht stimulierend auf Höhe der Programme einwirkt, sondern diese kleiner werden lässt. Ferner wird wie erwartet deutlich, dass eine starke Weltmarkteinbindung die Anreize für große Konjunkturprogramme kleiner werden lässt.

Im Hinblick auf die parteipolitische Zusammensetzung wurde der stärkste Effekt bei den Mitteparteien (Liberale, nicht-christliche Mitte, Christdemokraten) identifiziert. Diese sind deutlich aktiver als die Linksparteien an der Regierung. Zudem kann für die Steuermaßnahmen ein Interaktionseffekt noch für rechte (v.a. konservative) Regierungsparteien beobachtet werden. Im Zusammenspiel mit Wahlen in der Krise haben auch rechte bürgerliche Regierungen große Konjunkturprogramme aufgelegt. Schließlich zeigt sich noch ein kompetitiver Vetospielerindex zur Erklärung der Steuermaßnahmen als hoch signifikant.

Die Befunde stehen somit in Teilen gegen die „traditionellen“ Befunde der Staatstätigkeitsforschung, nachdem bürgerliche (und vor allem liberale) Parteien eher für einen geringen Staatsinterventionismus eintreten. Auch der klare Effekt von Wahlen ist angesichts der sonst schwachen Evidenz für einen politischen Konjunkturzyklus bemerkenswert. Schließlich wird in der Krise nun auch deutlich, dass die Verschuldungspolitik der Vergangenheit den Handlungsspielraum von Regierungen massiv einengt.

## Anmerkungen

- 1 Der Internationale Währungsfonds (*IWF* 2009a) hat auch die Fiskalpolitik in (osteuropäischen) Schwellenländern untersucht, die in diesem Beitrag aber nicht berücksichtigt werden.
- 2 Fiskalische Impulse haben in den EU-Daten ein positives Vorzeichen, bei der OECD ein negatives Vorzeichen, daher ist der Zusammenhang hier negativ.
- 3 Sie simulieren einen Einkommenschock (das Bruttoeinkommen sinkt für alle um fünf Prozent) und einen Beschäftigungsschock (die Arbeitslosenquote steigt um fünf Prozent). Ihre Berechnungen zeigen, dass die Wirkungen des Einkommens- und vor allem des Beschäftigungsschocks in Europa durch automatische Stabilisatoren stärker absorbiert werden als in den Vereinigten Staaten. Der Hauptgrund für die Unterschiede zwischen den USA und Europa beim Beschäftigungsschock sind Arbeitslosenversicherungssysteme in Europa. Das verfügbare Einkommen wird geglättet und dadurch die Nachfrage stabilisiert. Allerdings unterscheidet sich der Stabilisierungseffekt durch automatische Stabilisatoren innerhalb der europäi-

- schen Wohlfahrtsstaaten und hängt u.a. stark vom verfügbaren Haushaltseinkommen ab. Generell haben ost- und südeuropäische Länder geringere automatische Stabilisatoren.
- 4 Als Grundlage für dieses Argument kann die Theorie der Neuen Ökonomischen Geographie (*Krugman* 1991) dienen. Ein Grundgedanke dieser Denkrichtung sind so genannte Agglomerationsvorteile, die in reichen, dicht besiedelten Ländern entstehen und die der Staat leichter abschöpfen kann.
  - 5 Alternativ kann man noch dreijährige Untersuchungszeiträume verwenden, die weniger sensitiv auf Schwankungen reagieren (vgl. *Wagschal* et al. 2009).
  - 6 Einen Überblick über die Studien und Ansätze geben *Wagschal* und *Wenzelburger* (2008: 17ff) sowie *Wagschal* u.a. (2009: 52ff) und *Wenzelburger* et al. (2009).
  - 7 Mit den von *Tsebelis* (2002), *Schmidt* (1996, 2000), *Colomer* (1996), *Wagschal* (1999, 2005) sowie von *Huber*, *Ragin* und *Stephens* (1993) entwickelten Vetospielerindikatoren sind insgesamt sieben Indizes vorhanden. Der hier verwendete Index basiert auf einer Addition der Stärke des Bikameralismus, der Verfassungsgerichtsbarkeit, der Direktdemokratie und des Föderalismus. Datenquelle ist der CPDS von *Armingeon* u.a. (2009).
  - 8 Insgesamt können sechs Theorien unterschieden werden, wovon jeweils drei den beiden Richtungen zuzurechnen sind: „Notwendige Partner“ (minimal winning coalitions), „Geringste Grösse“ (minimum size coalitions), „Geringste Zahl“ (bargaining proposition), „Geringste ideologische Distanz“ (minimal range), „Ideologisch verbundene Koalitionen“ (minimal connected winning), „Medianabgeordneten-Ansatz“ (policy-viable coalitions).

## Literatur

- Alesina, Alberto/Ardagna, Sivia*, 1998: Tales of fiscal adjustments – Why they can be expansionary, in: *Economic Policy* 13/27, S. 488-545.
- Altwater, Elmar*, 2009: Die Finanzkrise ist eine Systemkrise des Kapitalismus, in: *Leviathan*, 37/2, S. 197-210.
- Almunia, Miguel/Bénétrix, Agustín/Eichengreen, Barry/O'Rourke, Kevin, H./Rua, Gisela*, 2010: From Great Depression to Great Credit Crisis. Similarities, differences and lessons, in: *Economic Policy*, 25/62, S. 219-265.
- Amable, Bruno*, 2003: *The Diversity of Modern Capitalism*, Oxford: Oxford University Press.
- Armingeon, Klaus/Engler, Sarah/Potolidis, Panajotis/Gerber, Marlène/Leimgruber, Philipp*, 2010: *Comparative Political Data Set 1960-2008*, Institute of Political Science, University of Berne.
- Barrell* u.a., 2009: Evaluating Policy Reactions to the Financial Crisis, in: *National Institute Economic Review*, 207, S. 39-42.
- Besendorfer, Daniel/Phuong Dang, Emily/Raffelhüschchen, Bernd*, 2006: Schulden und Versorgungsverpflichtungen der Länder: Was ist und was kommt?, in: *Wirtschaftsdienst*, 86/9, S. 572-579.
- Birchfeld, Vicki/Crepaz, Markus*, 1998: The impact of constitutional structures and collective and competitive veto points on income inequality in industrialized countries, in: *European Journal of Political Research* 34/21, 75-200.
- Blaas, W./Matzner, E.*, 1981: Nachlassendes wirtschaftliches Wachstum und Staatsverschuldung, in: *Simmert, Diethard B./Blaas, Wolfgang* (Hrsg.): *Staatsverschuldung kontrovers*, Köln: Verlag Wissenschaft und Politik, S. 118-136.
- Bloss, Michael/Häcker, Joachim* (Hrsg.), 2009: *Von der Subprime-Krise zur Finanzkrise. Immobilienblase: Ursachen, Auswirkungen, Handlungsempfehlungen*, München: Oldenbourg.
- Brandner, Peter*, 2003: Budgetpolitik der Niederlande, Finnlands und Schwedens – Lehren für nachhaltige Konsolidierungen?, *Wirtschaftspolitische Blätter*, 50/2, S.183-204.
- Cecchetti, Stephen G.*, 2009: Crisis and Responses: The Federal Reserve in the Early Stages of the Financial Crisis, in: *Journal of Economic Perspectives*, 23/1, S. 51-75.
- Claessens, Stijn/Kose, M. Ayhan/Terrones, Marco E.*, 2008: What Happens During Recessions, Crunches, and Busts?, *IMF Working Paper* 08/274.
- Claessens, Stijn/Dell'Ariccia, Giovanni/Igan, Deniz/Laeven, Luc*, 2010: Cross-country experiences and policy implications from the global financial crisis, in: *Economic Policy*, 25/62, S. 267-293.

- Coenen, Günter/Erceg, Christopher/Freedman, Charles/Furceri, Davide/Kumhof, Michael/Lalonde, René/Laxton, Douglas/Lindé, Jesper/Mourougane, Annabelle/Muir, Dirk/Mursula, Susanna/Roberts, John/Roeger, Werner/de Resende, Carlos/Snudden, Stephen/Trabandt, Mathias/in't Veld, Jan, 2010: Effects of Fiscal Stimulus in Structural Models, IMF Working Paper No. 10/73.
- Colomer, Josep, M., 1996: Introduction, in: Colomer, Josep M. (Hrsg.): Political Institutions in Europe, London: Routledge, S. 1-17.
- Cooper, George, 2008: The origin of financial crises. Central banks, credit bubbles and the efficient market fallacy, Petersfield: Harriman House Publishing.
- Crouch, Colin, 2009: Vom Urkeynesianismus zum privatisierten Keynesianismus – und was nun?, in: Leviathan, 37/2, S. 318-326.
- Dolls, Mathias/Fuest, Clemens/Peichl, Andreas, 2009: Automatic Stabilizers and Economic Crisis: US vs. Europe, CESIFO WORKING PAPER NO. 2878.
- Domar, Evsey D., 1944: The "Burden of the Debt" and the National Income, in: The American Economic Review, 34/4, S. 798-827.
- ECB, 2010: Monthly Bulletin, 3, Frankfurt a. M.
- Esping-Andersen, Gøsta, 1990: The three worlds of welfare capitalism, Cambridge: Polity Press.
- EU-Commission, 2009a: Public finances in EMU – 2009, European Economy, 5, Luxembourg: Office for Official Publications of the European Communities.
- EU-Commission, 2009b: Sustainability Report 2009. European Economy, 9, Luxemburg: Office for Official Publications of the European Communities.
- Glomb, Wolfgang, 2010: Exitstrategien aus den Staatsschulden, in: Wirtschaftsdienst, 90/3, S. 185-191.
- G20, 2009a: London Summit – Leaders' Statement, 2 April 2009.
- G20, 2009b: The Global Plan for Recovery and Reform, in: <http://www.g20.org/Documents/final-communique.pdf>, Zugriff am 01.03.2010.
- Hall, Peter A./Gingerich, Daniel W., 2004: Varieties of Capitalism and Institutional Complementarities in the Macroeconomy. An Empirical Analysis, MPIfG Discussion Paper 04/5.
- Hall, Peter A./Sokice, David, 2001: An Introduction to Varieties of Capitalism, in: Hall, Peter A./Sokice, David (Hrsg.): Varieties of Capitalism: The Institutional Foundations of Comparative Advantage, Oxford: Oxford University Press, S. 1-68.
- Hallerberg, Mark./Basinger, S., 1998: Internationalization and changes in tax policy in OECD countries: The importance of domestic veto players. Comparative Political Studies 31(3), S. 321-352.
- Huber, Evelyn/Ragin, Charles/Stephens, John D., 1993: Social Democracy, Christian Democracy, Constitutional Structure, and the Welfare State, in: American Journal of Sociology (AJS), Volume 99, S. 711-749.
- IWF, 2009a: Fiscal Implications of the Global Economic and Financial Crisis, IMF Occasional Paper No. 269.
- IWF, 2009b: Review of Recent Crisis Programs, o.O.
- Katzenstein, Peter, 1987: Small States in World Markets, Ithaca und London, 1985.
- Korpi, Walter, 1978: Social Democracy in Welfare Capitalism-Structural Erosion, Welfare Backlash and Incorporation? Oder The working class in welfare capitalism : work, unions and politics in Sweden, London u.a.: Routledge Kegan Paul.
- Krugman, Paul R., 1991: Geography and Trade, Cambridge: MIT Press.
- Krugman, Paul R., 2009: The return of depression economics and the crisis of 2008. New York u.a.: Norton.
- Lijphart, Arend, 1999: Patterns of democracy: government forms and performance in thirty-six countries, New Haven: Yale University Press.
- Michele, Lenza/Huw, Pill/Lucrezia, Reichlin, 2010: Monetary policy in exceptional times, in: Economic Policy, 25/ 62, S. 295-339.
- Mountford, Andrew/Uhlig, Harald, 2009: What are the effects of fiscal policy shocks?, in: Journal of Applied Econometrics, 24/ 6, S. 960-992.
- Münchau, Wolfgang, 2008: Vorbeben. Was die globale Finanzkrise für uns bedeutet und wie wir uns retten können, München: Hanser.

- OECD, 2009a: OECD Economic Outlook 85, Paris: OECD.
- OECD, 2009b: Fiscal Packages across OECD Countries: Overview and Country Details, Paris: OECD.
- OECD, 2009c: The Financial Crisis: Reform and Exit Strategies, Paris: OECD Publishing.
- OECD, 2010: Economic Outlook Database, Paris.
- Offe, Claus, 1972: Strukturprobleme des kapitalistischen Staates, Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Reinhart, Carmen M./Rogoff, Kenneth S., 2009: This Time Is Different: A Panoramic View of Eight Centuries of Financial Crises, Princeton: Princeton University Press.
- Reinhart, Carmen M./Rogoff, Kenneth S., 2010: From Financial Crash to Debt Crisis, NBER Working Paper 15795.
- Sachverständigenrat zur Begutachtung der Gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, 2003: Jahresgutachten 2003/04: Staatsfinanzen konsolidieren – Steuersystem reformieren, Wiesbaden: Sachverständigenrat zur Begutachtung der Gesamtwirtschaftlichen Entwicklung.
- Sachverständigenrat zur Begutachtung der Gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (Hrsg.), 2008: Die Finanzkrise meistern – Wachstumskräfte stärken, Wiesbaden: Sachverständigenrat zur Begutachtung der Gesamtwirtschaftlichen Entwicklung.
- Schäfer, Ulrich, 2009: Der Crash des Kapitalismus. Warum die entfesselte Marktwirtschaft scheiterte und was jetzt zu tun ist, Frankfurt am Main (u.a.): Campus.
- Schlesinger, Helmut/Weber, Manfred/Ziebarth, Gerhard, 1993: Staatsverschuldung ohne Ende? Zur Rationalität und Problematik des öffentlichen Kredits, Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft.
- Schmidt, Manfred G., 1993: Theorien in der international vergleichenden Staatstätigkeitsforschung, in: Héritier, Adrienne (Hrsg.), Policy-Analyse. Elemente der Kritik und Perspektiven der Neuorientierung (PVS-Sonderheft 24), Opladen, S. 371-393.
- Schmidt, Manfred G., 2000: Die sozialpolitischen Nachzüglerstaaten und die Theorien der vergleichenden Staatstätigkeitsforschung, in: Obinger, Herbert/Wagschal, Uwe (Hrsg.), Der gezügelte Wohlfahrtsstaat. Sozialpolitik in reichen Industrienationen. Frankfurt a.M./New York, S. 22-36.
- Shiller, Robert J., 2008: The subprime solution. How today's global financial crisis happened, and what to do about it, Princeton, NJ (u.a.): Princeton University Press.
- Sinn, Hans-Werner, 2009: Kasino-Kapitalismus. Wie es zur Finanzkrise kam, und was jetzt zu tun ist, Berlin: Econ.
- Sommer, Rainer, 2009: Die Subprime-Krise und ihre Folgen. Von faulen US-Krediten bis zur Kernschmelze des internationalen Finanzsystems, Hannover: Heise.
- Soros, George, 2008: Das Ende der Finanzmärkte – und deren Zukunft. Die heutige Finanzkrise und was sie bedeutet, München: Finanzbuch-Verlag.
- Tsebelis, George, 2002: Veto players: How political institutions work, Princeton: Princeton University Press.
- Wagenknecht, Sahra, 2008: Wahnsinn mit Methode. Finanzcrash und Weltwirtschaft, Berlin: Das Neue Berlin.
- Wagschal, Uwe et al. (Hrsg.), 2009: Konsolidierungsstrategien der Bundesländer: Verantwortung für die Zukunft, Gütersloh: Bertelsmann-Stiftung.
- Wagschal, Uwe, 1999: Schranken staatlicher Steuerpolitik: Warum Steuerreformen scheitern können, in: Busch, Andreas/Plümper, Thomas (Hrsg.), Nationaler Staat und internationale Wirtschaft, Baden-Baden: Nomos, S. 223-247.
- Wagschal, Uwe, 2005: Steuerpolitik und Steuerreformen im internationalen Vergleich. Eine Analyse der Ursachen und Blockaden, Münster: Lit.
- Wagschal, Uwe/Wenzelburger, Georg, 2008: Haushaltskonsolidierung, Wiesbaden: VS-Verlag.
- Wenzelburger, Georg, 2009: The Analysis of Budget Consolidations: Concepts, Research Designs and Measurement, in: Journal of Social and Economic Measurement 2009/4, S. 269-291.
- Zaghini, Andrea, 2001: Fiscal adjustments and economic performing: a comparative study, in: Applied economics, 33/5, 613-624.
- Zeise, Lucas, 2008: Ende der Party. Die Explosion im Finanzsektor und die Krise der Weltwirtschaft, Köln: PapyRossa.

*Anschriften der Autoren:*

Prof. Dr. Uwe Wagschal, Universität Freiburg, Seminar für Wissenschaftliche Politik,  
Werthmannstraße 12, 79085 Freiburg  
E-Mail: [uwe.wagschal@politik.uni-freiburg.de](mailto:uwe.wagschal@politik.uni-freiburg.de)

Tim Jäkel, Deutsches Forschungsinstitut für öffentliche Verwaltung Speyer, Freiherr-  
vom-Stein-Straße 2, D-67324 Speyer, E-Mail: [jaekel@foev-speyer.de](mailto:jaekel@foev-speyer.de).